

Arbeiter-Zeitung

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: Wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf. monatlich 2,10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk. unter Streifenband 3 Mk. Einzelnummer 12 Pf. Die bezugsfreie Württembergische oder deren Raum 12 Pf. Bezugs- und Bestimmungsbereiche 6 Pf. Weltweite: Die bezugsfreie Württembergische oder deren Raum im Zeit 70 Pf. — Schluss der Internationallieferung in der Hauptredaktion um 6 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberger Straße 50, 4. St. Telefon 489 02. Sprechzeit der Redaktion von 12-18 Uhr. Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen: Berlin, S. 10, Kreuzberg 28 84. Geschäftszeit von 9-18 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: G. L. G. Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau. — Druck: „Vorwärts“ W. G. Fil. Breslau, Kreuzberger Straße 50. Telefon 484 15.

Die Einheitsfront der anderen Seite:

Nach dem Meuchelmord der SPD.-Polizeiterrror!

SPD.-Schönfelder verbietet die Hamburger SPD.-Presse / Alle Umzüge und Saal-Rundgebungen der SPD. verboten / Hitler mit den Mördern solidarisch / Mord im Auftrage der Gauleitung der NSDAP.

Was wir gestern vorausgesagt hatten, hat sich in vollem Umfange bestätigt. Die Meuchelmörder von Hamburg, die unseren Genossen Hennig im Autobus überfallen und ermordet haben, sind Nationalsozialisten, die im Auftrage ihrer Gauleitung gehandelt haben. Das Berliner „Tempo“, das inoffizielle Polizeiblatt von Berlin, muß aus Hamburg melden:

„Die weiteren, heute vormittag fortgesetzten Vernehmungen der beiden nationalsozialistischen Mörder ergaben dann unzweifelhaft, daß sie als Beauftragte ihrer Partei gehandelt haben.“

Damit sind die kommunistischen Feststellungen über die Mörder und ihre Hinterleute voll und ganz bestätigt.

Das große Geschrei, das die bürgerliche und sozialdemokratische Presse jetzt über diesen Blutmord der Nazis erhebt, ist nichts als elende Heuchelei. Die Mordbanden Hitlers und Goebbels handeln im Interesse und im Auftrage der Bourgeoisie, wenn sie die revolutionären Arbeiter, die Lobseinde des Kapitals, hinhängen und niederschlagen. Wegen wen sich der Terror der Staatsmacht richtet, das zeigt die Meldung aus Hamburg, daß die kommunistische Presse, die „Hamburger Volkszeitung“ und die „Norddeutsche Volkszeitung“ und alle anderen kommunistischen Zeitungen bis auf weiteres verboten sind, und daß alle Versammlungen der kommunistischen Partei, sowohl die öffentlichen als die in geschlossenen Räumen, gleichfalls verboten sind. „Scharfes Durchgreifen der staatlichen Machtmittel“ ist angedroht worden gegenüber allen Versuchen, der Verboten wider zu handeln.

Terror und offener kann die direkte Zusammenarbeit zwischen dem Terror der braunen Mordbanden und dem Terror der Polizei und des Hamburger Senats gegenüber der kommunistischen Partei nicht demonstriert werden.

Ein kommunistischer Funktionär, ein Mitglied des Hamburger Senats, wird von drei Meuchelmördern vierfach hingerichtet. Die Schuld der Nazis ist zu offensichtlich, als daß man sie leugnen oder vertuschen könnte. Aber die „demokratischen“ Staatsorgane haben keine anderen Maßnahmen, als gegen die kommunistische Partei und ihre Presse mit Verboten vorzugehen.

Eine offenere Unterstützung der braunen Mordpreß läßt sich nicht denken. Das ist wie in Finnland, wie in Italien, wie in Polen. Noch in keinem Lande der faschistischen Diktatur und des Terrors haben die staatlichen Organe die offenen Gewalttaten der Faschisten öffentlich gutgeheißen. Noch in jedem Lande sind sie davon „abgerückt“, um dann mit verstärkter Wucht die staatlichen Machtorgane gegen das Proletariat einzusetzen.

Hamburger Arbeiter antworten

Die Hamburger Arbeiterschaft hat am Sonntag nachmittag in einer wichtigen Demonstration gegen den Mordterror der Faschisten protestiert und den Schwur der Rache des

Proletariats für die Morde an den Besten aus ihren Reihen abgelegt. Auf dem Ohlsdorfer Friedhof sprach der Genosse Ernst Thälmann zu den Massen, und dreimal erschallte der Ruf: „Rache! Rache! Rache!“

Hitler mit den Mördern solidarisch

Hitler, der Führer der braunen Mordpreß im Dienste des Kapitals, hat in einer Erklärung diese Meuchelmörder in Schutz genommen. Er hat ihnen einen Rechtsanwalt gestellt und geht in dieser Erklärung zu neuen Mordtaten gegen die Arbeiter auf.

Diese offene Unterstützung der faschistischen Mordbanden durch die Staatsgewalt zeigt den werktätigen Massen den Ernst der Situation.

Die Arbeiterklasse muß sich selber schützen. Schließt euch zusammen, bildet die antifaschistische Einheitsfront, bildet Betriebs- und Erwerbslosenräte, kämpft gegen den Faschismus und seinen Terror!

Polizeiüberfall auf die Parteischule in München

München. Am Freitag voriger Woche überfielen 40 Polizisten das Lokal der kommunistischen Parteischule. Das Material der Schüler wurde wahllos beschlagnahmt, sämtliche auswiesenden Schüler wurden verhaftet. Zurzeit sind immer noch 10 Schüler in Haft.

Severing!

Heute abend soll in Breslau der Sozialdemokrat Karl Severing, der „kleine Metallarbeiter“ und große Polizeiminister der deutschen Bourgeoisie, der Sozialchauvinist und Sozialfaschist in Hochkultur, sprechen. Derselbe Mann, der in wenigen Tagen als Beauftragter der deutschen Bourgeoisie bei dem großzügigen Abstimmungsstimmeln in Oberschlesien in einer Reihe mit den Faschisten und faschistischen Banden des Grenzschutzes, der Freikorps und der offiziellen Vertreter Russlands „deutsche“ Reden halten wird.

Niemand — auch nicht Severings Republikenschutzes, kann uns hindern, die Arbeiterschaft an Tatsachen zu erinnern, an Tatsachen, die dem jetzigen preussischen Innen- und Polizeiminister einen Namen gegeben haben, den wir mit Rücksicht auf das Republikenschutzes nicht wiedergeben können.

Arbeiter, sozialdemokratische, christliche, parteilose Arbeiter, erinnert euch!

Der Sozialdemokrat Severing hat 1920 die Ruhrarbeiter nach dem Rapp-Rufsch dem lapidaren General Watter ausgeliefert.

Severing hat 1921 den Märzaufruf der mitteldeutschen Arbeiter im Blute ertränkt.

Severing hat 1928 den Nordwestkampf der Hüttenarbeiter durch einen Hungerstreikspruch abgewürgt und damit die Bahn freigemacht für die große Lohnrauboffensive der Bourgeoisie, die sich seitdem unausgesetzt gesteigert, die Millionen dem Gläub, dem Verhungern ausgesetzt hat.

Severing hat 1929 mit seinen Parteigenossen Ergesinffil und Jörgiebel 32 Arbeiter am 1. Mai in Berlin erschließen lassen, hat ein wahnwichtiges Blutbad angerichtet.

Severing hat den Roten Frontkämpferbund und die Rote Jungfront, die einzige Wehr- und Schutzorganisation des Proletariats, und Tausende seiner Mitglieder verfolgt und der Klassenjustiz ausgeliefert, hat damit den faschistischen Mordbanden die Straße freigemacht für ihren Terror.

Severing war es, der den Faschisten, den braunen Mordbanden Hitlers, die Straße frei machte. Unter seinem Schutz haben sie immer offener, immer frecher ihren Mordterror gegen die Arbeiter ausgeübt, haben sie Hunderte von Arbeitern brutal und hinterlistig

erschlagen, erstickt, erschossen. Erst am Sonntagabend wurde in Hamburg der Genosse Ernst Hennig von drei Nazimördern gemeuchelt. Severing hat 1930 das zweite Republikenschutzes ausgeübt und durchgepeitscht und damit Tausende und aber Tausende der Besten des Proletariats in die Zuchthäuser und Gefängnisse der Republik eingesperrt.

Severing hat als getreuer Helfer der Brüning-Diktatur in allen Teilen Preussens die Diktaturseignern rückwärts gegen die Werktätigen eingetrieben, Tausende und Zehntausende von Ergänzungen vernichtet, Tausende zum Selbstmord, zur Verzweiflung getrieben.

Viele, viele Arbeiter sind es in Deutschland, die Severing zu Toten, Tausende sind es, die er zu Zuchthausinsassen gemacht hat.

Arbeiter, erinnert euch! Severing, der Sozialdemokrat, das ist der Polizeiminister in der deutschen Republik, das ist die Fleisch und Blut gewordene Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft.

Und dieser Mann spricht in Breslau, spricht in einer Situation, in der die Arbeiterschaft und Werktätigen Breslaus Sturm laufen gegen die Panzerkreuzerpolitik der SPD, in einer Situation, in der die Flamme der Empörung lodert gegen den Verrat der Bonzen, gegen die Politik der SPD von 1914, gegen die Sozialpatrioten und Panzerkreuzerfaschisten, gegen die Steuererhöher für die Werktätigen und gegen die Beschützer der Millionäre.

Ein Sturm der Entrüstung kann nur die Antwort der Breslauser Werktätigen gegen die Schmach, gegen diese Schamlosigkeit der reformistischen Bürokratie sein.

Arbeiter, erinnert euch! Hart, unerbittlich und unerschrocken ist der Kampf der Klassen; der Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Gesellschaft. Wer die Interessen der Bourgeoisie vertritt, wer ihre Panzerkreuzer baut, wer auf ihrem nationalfaschistischen Hummel ihre Sprache redet, die Sprache der Aufklärung und des Krieges, wer den Arbeitern Lohnraub diktiert, wer sie verfolgen, unterdrücken, auseinanderprügeln läßt, wer zehnmal lieber mit dem „Gundstoll“-Brauner, als einmal mit den Kommunisten geht, der steht jenseits der Barricade, mit dem ist keine Gemeinschaft zu halten.

Arbeiter, protestiert gegen Severing, protestiert gegen die Schamlosigkeit der reformistischen Bürokratie!

Schließt die einheitliche Front aller Ausgebeuteten und Unterdrückten und schließt die Klassenfront des kämpfenden Proletariats!

Breslaus Arbeiterschaft marschiert heute auf zum Protest gegen die Meuchelmörder und ihre Schützer, marschiert auf gegen Faschismus, gegen Hungerdiktatur und faschistischen Mordterror!

Heraus zum Protest heute um 19 Uhr auf dem Neumarkt!

Landarbeiter-Konferenzen am 22. März

- Wegmühl: Geschäftsstelle Parkstraße 8, Stb.
- Hahnau: KPD.-Büro, Westumstraße
- Jauer: Lokal „Grüner Adler“
- Bunzlau:
- Breslau:
- Grünberg:
- Reufalz:
- Wogau:
- Wrieg:
- Wels:
- Reichenbach (Eule):
- Groß-Merzdorf:
- Striegau:

Die Lokale, die hier noch nicht aufgeführt sind, werden noch bekanntgegeben.

Jungarbeiter in Stadt und Land!

Habt ihr schon einmal darüber nachgedacht, wie es kommt, daß ihr ein so erbärmliches Leben führen müßt? Habt ihr euch schon einmal die Frage vorgelegt, ob es notwendig ist, daß so viele Arbeitslosengehen schon Jahre hindurch arbeitslos sind und dadurch dem armen Volk, der bittersten Not ausgeliefert sind?

700 000 Jungerwerbslose müssen in Deutschland mit einer Unterstützung von wöchentlich noch nicht einmal 10 Mark auskommen, weitere 500 000 sind vollständig ausgesteuert, für sie gibt es keine Pfennig Unterstützung, sie sollen nach dem Willen der Kapitalisten verhungern.

Die Ausbeutung der jungen Arbeitskräfte bis ins Maßlose ist auf der Tagesordnung. Der Jungarbeiter ist schon immer ein willkommenes Ausbeutungsojekt der Kapitalisten gewesen. Die auf spätere Ausbeutung gerichtete Erziehung in 8 Schuljahren haben ihn zu einem willenlosen Sklaven gemacht, dem jede eigene Denkarbeit verboten ist. Die junge, unüberbrauchte Arbeitskraft ist für den Kapitalisten ein gefährliches Werkzeug. Nach dem 14. Lebensjahre (in der letzten Herbstferien) wird dem Jungarbeiter in der Fabrik, der Jungarbeiterin an der Schreilmaschine drei oder vier Jahre lang die letzte Kraft aus den Knochen gepreßt. Jeder Widerspruch wird im Keime erstickt.

Und zu gleicher Zeit wagt es der Reichsanwalt Brünning zu sagen: „Jugendpflicht und Jugendpflege ist eine der selbstverständlichen und vornehmsten Pflichten der deutschen Nation.“

Beherrschung und Unterdrückung bei den kleinen Unternehmern, schamlose Schinderei und Antreibung in den Großbetrieben oder aber langjährige Erwerbslosigkeit ohne Aussicht auf

Arbeit und sehr oft ohne einen Pfennig Unterstützung, das ist das Los der wertvollen Jugend Deutschlands.

So steht der Jugendpflicht aus! — Das nennt man Jugendpflege!

Ungeahnte Verleumdungen unter oft grauenhaften Begleitumständen legen Zeugnis ab von dem schandvollen Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Als der Hungerkämpfer Brünning vor 2 Monaten die Reise nach dem Osten Deutschlands angetreten hatte, wurde großartig von Osthilfe und Arbeitsbeschaffung begleitet. Das war, solange er sich auf der Ostreise befand. Dann wurden die notleidenden Arbeiter im „bedrohten Osten“ wieder vergessen. Doch die Arbeiter vergaßen es nicht, was man ihnen versprochen hatte, und in großen Massen sind sie aufmarschiert gegen den Betrug der Regierung. Die „Gummiknüttel-Garden“ Severings haben sie ankeiner- anderge schlagen.

Streik in Oberschlesien mit Hilfe der Polizei und Gewerkschaften abgewürgt! Die Wenzelsgrube im Neuroder Kohlenrevier stillgelegt und die Bergesellschaft von 2000 Mann, darunter 700 Jungarbeiter, auf die Straße geschmissen! Der Hungerlohn der Waldenburger Bergarbeiter weiter gesenkt! Der Kumpel soll verrecken! Das ist die Auslösung der Verleumdungen des Hungerkämpfers!

Bei gestülpten Lebensmittelspeichern gelst der Schrei millionenfach nach Brot. Die vor kurzem in unserer Zeitung gemeldete Zerschlagung eines Schaufensters durch einen Jungarbeiter in Bunzlau, der ins Gefängnis wollte, weil er mit 4,50 Mark Wochenunterstützung zum Hungertode verurteilt war, redet Hände von der grenzenlosen Not, in der das Proletariat in der Hindenburg Republik sich neben 2300 Millionen befindet.

Volksbetrüger unter verschiedener Maske buhlen um die Gunst der Jungarbeiter

Es ist nicht verwunderlich, daß die große Not unter den Jungarbeitern die Vertreter der verschiedenen politischen Parteien veranlaßt, ihre Hand für ihre Zwecke auszustrecken. An der Spitze marschieren die Nationalisten. Daß es den Nazis nur darum geht, im Interesse der Nationalisten den erwachenden Willen zum Kampf unter den Jungarbeitern zu heben, das beweisen unüberlegbar bereits einige Tatsachen über diese Partei.

Während die Nazis behaupten, daß angeblich der Marxismus die Schuld an dem Elend in Deutschland trägt, steht fest, daß erstens in Deutschland der Marxismus überhaupt nicht am Werke ist, auch nicht war, er demnach auch nicht schuld an dieser Not sein kann. Weiter steht fest, daß es in den Staaten Mussolinis das Elend der proletarischen Jugend genau so groß ist wie bei uns, während gleichzeitig Mussolini davor, daß sich auch dort die Geldmächte mästen könnten, und daß die tatsächlichen hohen Beamten genau so hohe Gehälter beziehen wie bei uns.

Weiter beweist die Herrschaft der Faschisten in Thüringen und Braunschweig, daß die Oberhäupter Fried und Franzen nur die Politik im Interesse der Millionäre und der sonstigen Geldmächte treiben, wie das am deutlichsten schon durch die von Fried in Thüringen zuerst eingeführte Regenersteuer beweist.

Jetzt ist noch an das Verhalten der Nazis im Reichstage während ihrer ganzen bisherigen Tätigkeit erinnert. Am augenscheinlichsten trat dies bei der von den Kommunisten beantragten Millionärsteuer und dem beantragten Abbau der Riesenpensionen für hohe Offiziere, die sich während des Weltkrieges hinter der Front oder in der Heimat herumgetrieben haben, hervor; beides haben die Nazis abgelehnt.

Nach dem Zentrum bemüht sich jetzt sehr eifrig um die Gunst der Jungarbeiter. Es hat sogar eine eigene besondere Wehrorganisation geschaffen und stellt sich ebenfalls als besonders „Jungarbeiterfreund“ auf. Gegenüber diesen Volksbetrüger genügt es, daran zu erinnern, daß das Wort „Brünning heute absolut gleichbedeutend ist mit Hunger und Not, mit Lohnraub und Massenbestrafung. Beides muß in der schamlosesten Weise die Jungarbeiterschaft. Es ist daher nicht schwer, dort, wo Brünning-Dezernaten um die Jugend buhlen, dieses Buhen erfolgreich zu machen.

Die übrigen bürgerlichen Parteien, die unter verschiedener Firma ebenfalls um die Jugend werben, brauchen nicht besonders hier vorangewiesen zu werden, weil auf sie alle mehr oder weniger — je nach der Richtung — zutrifft, was wir über Nazis und Zentrum gesagt haben. Aber es gibt noch eine große Partei, die jetzt die verwerflichsten Anstrengungen macht, die Jugend für sich einzufangen, das ist die SPD. Der 11. September hat dieser Partei gezeigt, daß die Jugend zu ihr kein Vertrauen mehr hat. Sie versucht nun mit allen Mitteln, das alte wieder zurückzugewinnen. Aber auch hier läßt sich leicht nachweisen, daß die Jungarbeiter von der SPD nichts mehr zu erwarten haben. Die SPD ist eine treue Verbündete der schwarzen Zentrumsbesten, die Hungerkämpfer Brünning wird erst durch sie möglich gemacht. Ihre Stellung zum Panzerkreuzer zeigt, daß sie den Kurs weiter verfolgen will. Die Jugend schreit nach Brot; wer ihr Brot weihen magt, Panzerkreuzer zu bieten, der kann nimmer ein Freund der Jugend sein.

Es gibt daher für die Jugend nur einen Ausweg, und das ist die Einhebung der Jugend auf die Vernichtung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Das kann aber nur in den Reihen des Kommunistischen Jugendverbandes geschehen. Er ist die einzige Organisation die gemeinsam mit der kommunistischen Partei für jenes Ziel kämpft

Deshalb her zu uns, ihr Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen!

Es müht nichts, zu murren und die Faust zu ballen; es nützt auch keine Einzelaktionen. Schon rufen die Feinde der Jugend zu einem neuen Schläge. Die Jugend soll zu einem großen Teil um das Wahrecht gebracht werden, damit dann die weitere Verklammerung leichter betrieben werden kann, die in Zwangsdienspflicht, Zwangsunterricht und ihren Ausbruch finden soll. Deshalb ist es höchste Zeit, daß die Jugend sich auf den Kampf einstellt.

Am 29. März sollen in verschiedenen Städten Schlesiens wie in Breslau, Siles, Langenbielau, Waldenburg, Görlitz, Sirlitzberg, Neusalz, Liegnitz und Gabelsberg Kongresse der wertvollen Jugend stattfinden.

Hunderter von Delegierten müssen auf diesen Kongressen ersicht und das Fundament für die Schaffung einer proletarischen Einheitsfront aller Jugendlichen geschaffen werden; die an Kampf der Jugend um Freiheit und Brot organisieren und Schulter an Schulter mit den Erwachsenen zum Siege führen muß.

Zu diesem soll die ausgebeutete und zum Kampf bereite Jugend aus dem ganzen Reich aufmarschieren als mächtige Manifestation des entschlossenen Kampfwillens zur Beseitigung des kapitalistischen Systems. In diesem Aufmarsch muß auch die Jugend Schlesiens, so stark wie nur möglich, vertreten sein. Kein Betrieb, keine Stempelstelle ohne Delegierten. Vertreter hinaus aber muß ungekoppelt dafür

gefordert werden, daß bei der Entschleunigung von Wirtschaftskämpfen, die in Schlesien auf der Tagesordnung stehen, auch die Jugend liberale ihren Mann stellt, um so auch zu aktiven Kämpfern gegen den Faschismus zu werden.

Allem Terror zum Trotz müssen wir auch in Schlesien die Massen der Jugend um die Jahre stark Liebsteckts sammeln, um unter dieser Fahne zu kämpfen für folgende Lösungen:

- Keinen Pfennig Lohnraub, sondern Lohnrückzahlung!
- Sechshunderttag und vier Wochen bezahlten Urlaub!
- Keine Entlassungen, sondern Arbeit oder ausreichende Unterstützung!
- Gegen Wahlrechtsraub, Zwangsdienstpflicht oder Zwangsschul-turke!
- Gegen Faschismus und imperialistischen Krieg!
- Für die Volksrevolution, für ein Sowjetdeutschland!

Bezirksleitung des KJVD. Schlesien.

DLV-Bonzen hetzen gegen die KGD.

Reinen Kampf gegen die Junter, aber Terror gegen die KGD.

Landarbeiter, gebt den Kauten der Großagrarien die Quittung

Ein Landarbeiter berichtet uns: Am Sonntag, dem 15. März, fand in Neusalz in der „Erholung“ die Jahresversammlung der Kreisgruppe des Landarbeiterverbandes statt. Von 45 Jahnstellen der Kreisgruppe waren nur 30 auf der Jahresversammlung vertreten.

Der Jahresbericht zeigte zwar eine achtprozentige Mitgliederzunahme des DLV bei gleichzeitigem starkem Rückgang der Beitragseinnahmen. 89 Prozent der Mitglieder zahlten überhaupt keine Beiträge.

Selbstgefällig berichtete unser Bonze, daß er 60mal im Jahre mit Übernachten und 28mal ohne Übernachten die Jahnstellen auf-gesucht hat. 10 000 Kilometer habe er im Jahre auf dem Motorrad zurücklegen müssen. Nur 17 Ruhetage habe er gehabt, und es sei zu befürchten, daß bei weiterer Zunahme der Arbeit im Jahre 1931 noch weniger Ruhetage sein werden. Der große Erfolg im Kampfs-jahr 1930 sei gewesen, daß in 50 Verhandlungen mit den Agrariern und in 55 Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht insgesamt 7500 Mt. von den Großagrariern herausgeholt worden seien.

Was jetzt bei der Lohnraub in der Landwirtschaft vermieden worden, aber das Jahr 1931 wird nicht nur ein Kampfsjahr, sondern ein Sturmjahr werden, und man mühte alles versuchen, um den DLV über dieses Sturmjahr hinwegzubringen. Die KGD,

die unter kommunistischer Führung steht, hebe die Landarbeiter auf und versucht, einen eigenen roten Landarbeiterverband in Schle-sien zu schaffen. Gegen diesen Ansturm gelte es Front zu machen. Man könne zwar bei der großen Zahl der Erwerbslosen nicht auf gegen den Lohnraub kämpfen, um so mehr müsse man versuchen, durch geistige Aufklärung für den Verband zu werben. Es komme darauf an, die Arbeiterklasse geistig und kulturell zu heben. Es sei ein Hammer, daß in der Organisation immer noch so viele Papier-soldaten sind, die nichts tun, um den DLV zu stärken, sondern ei-mals nicht einmal die Beiträge bezahlen.

Alle Verbandskollegen, die die Parolen der KGD befolgen oder sogar propagieren, müssen aus dem Verbands ausgeschlossen werden. Man dürfe da gar nicht zimperlich sein.

Über den beschlossenen Lohnraub erging sich dieser Witzwort nur in einigen Phrasen. Im Kampfe gegen die KGD. kündigte er jedoch eine Reihe praktischer Maßnahmen an.

Landarbeiter Schlesiens! Auf dieser Konferenz hat sich wieder mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß unser Verband in der Hauptsache gegen die KGD kämpfen will, während man über den Lohnraub nur redet. Vor der Konferenz hatte ich noch Zweifel, ob man sich der KGD anschließen soll. Nach dieser Rede gegen die oppositionellen Landarbeiter werde auch ich in aller nächster Zeit den Trennungskampf an den Rungen ziehen, und wenn der rote Landarbeiterverband in Schlesiens gegründet wird, werde ich in seinen Reihen einer der eifrigsten Vorkämpfer sein.

Ich hoffe, daß die KGD alles tun wird, um jetzt die entscheidenden Kampfmaßnahmen gegen den Lohnraub vorzubereiten. Es gibt schließlich gegen den Lohnraub kein einziges Mittel wie den Streik. Unsere Tarifabschlüsse hat man immer so gelegt, daß der Tarif zu einer Jahreszeit abgelaufen ist, wo die Landarbeiter wenig ausrichten konnten. Jetzt aber muß bei der Frühjahrseinstellung ein Streik aller Landarbeiter eintreten.

Anmerkung der Redaktion. Der Landarbeiter, der uns obigen Bericht gibt, stellt die Aufgaben, die eine revolutionäre Gewerkschaftsorganisation hat, durchaus richtig. Er wie alle seine Kollegen können versichert sein, daß die KGD, jetzt als ihre wichtigste Aufgabe die Vorbereitung des Landarbeiterstreiks in Schlesiens sieht. Dabei müssen alle Landarbeiter mithelfen. Deshalb rüft zu dem am 22. März in Schlesiens stattfindenden Landarbeiter-Delegierten-Konferenzen. Bereitet den Streik vor gegen jeden Pfennig Lohn-raub! Die KGD wird in einem solchen Kampf die Führung haben. Trautet euch Hoffnungen auf den DLV, werden sich als trügerisch erweisen.

Nach dem Vorstoß der Pfaffen in Berlin

Ja-Kulturschau durch KGD. Polizeibräukenten geschlossen

Leipzig, 15. März. (Fig. Meldung.) Hier hat anlässlich des Frei-denker- und Kulturkongresses eine Ja-Kulturschau stattgefunden. Bereits am Freitag kam die Polizei des Sozialdemokratischen Fleischer in Kundgebungen, mit denen der Kongress eröffnet wurde, und verbot das Auftreten der Agitatortruppen. Am Sonntag ging aber Herr Fleischer noch weiter. Gegen 12 Uhr erschien er in der Ausstellung im österreichischen Messehaus in Begleitung von drei seiner Beamten und besichtigte die Kulturschau. Als getreuer Sohn der Kirche und als gehorsamer Knecht der pfälischen Reaktion zeichnete er persönlich bei seinem Rundgang durch die Ausstellung die Kunstwerke und Plakate, die wegen angeblicher Beleidigung der Gefühle Andersdenkender ent-fernt werden mußten.

Eine halbe Stunde später, nachdem Fleischer unter Mitnahme der ihm besonders gefällig erschienenen Kunstwerke die Ausstellung verlassen hatte, erschien der Gerichtsvollzieher mit einer schnell aus-gestellten einstweiligen Verfügung des Amtsgerichts Leipzig, und unter-lagte die weitere Benutzung der Räume für die Ausstellungszwecke. Der Gerichtsvollzieher versiegelte die Tür und ein Fleischer-Polizist hält getreulich die Wache.

Das ist der zweite Vorstoß der Brüning-Partei gegen die proletarischen Kulturbewegungen in wenigen Tagen, und Sozialdem-kraten sind es in beiden Fällen, die die missfälligen Werkzeuge der pfälischen Reaktion darstellen. Die Antwort der Arbeiterklasse kann nur eine verstärkte Werbung für die „Ja“, für die proletarische Kultur und gegen Pfaffen und Reaktion sein.

Gvaltung der Nazis in Essen!

In Essen sind 46 Mann aus der KGD ausgetreten. Sie wenden sich an die gesamte Presse und erklären, daß sie von nun an eine Ortsgruppe der revolutionären KGD (Otto Straßer) bilden. Sie wollen mit der korruptierten KGD Ortsgruppe Essen nicht verwechselt werden.

Diese Vorgänge zeigen die Zerfällung bei den Nazis, die pro-letarischen Anhänger erkennen immer besser, daß die Naziführer nur gekaufte Söldlinge der Kapitalisten sind.

Abbau der Kinderspeisung

In der gestrigen Sitzung des Reichstages, über die wir an anderer Stelle berichteten, hielt unsere Genossin Körner eine wichtige Anklagerede gegen den schändlichen Abbau der Sozialversicherung. Sie führte dabei u. a. aus, daß der kapitalistische Staat nicht mehr in der Lage ist, auch die einfachsten Ansprüche der Bevölkerung auf Wohnung, Kleidung und Ernährung zu befriedigen. Diejenigen, die gezwungen sind, Wohlstandsunterstützung in Empfang zu nehmen, müssen buchstäblich hungern. Am traurigsten liegen die Dinge im „Dritten Reich“, bei Herrn Fried in Thüringen. In Weimar erhält ein Kleinrentner 26 Mark. (Hört, hört, bei den Kommunisten.) Ein Ehepaar 36 Mark; für das erste Kind werden 2 Mark und für jedes weitere Kind 1,50 Mark gezahlt. (Stürmliches Hört, hört und Pfuihufe bei den Kommunisten. Fried ist der beste Jaung-Knecht.) Rechnen man die Unterstützung in Weimar auf die Woche um, dann werden für ein Kind ganze 25 Pfennig gezahlt (Kufe bei den Kommunisten), also 5 Pfennig pro Tag.

Gegenwärtig plant man noch weitere Maßnahmen zum Abbau der Wohlstandspflege. Die Richtigkeitskommission 9 Prozent herabgesetzt werden. (Hört, hört, bei den Kommunisten.) Reich und Länder sollen keine Winterhilfe mehr bewilligen können. Die Räderhaltungspflicht und die Pfändungen sollen verjährt durchgeföhrt werden. Vor einiger Zeit erhielt in Dresden ein Wohlstandsunterstützungsempfänger einen Straßenschrei, weil er ein Paar Hosen beantragt hatte, obgleich die „Fürsorgekommission“ festgestellt haben soll, daß der Betroffene kein einen Anzug habe. Der Wohlstandsunterstützungsempfänger erhielt 15 Mark Geldstrafe oder drei Tage Gefängnis. Nachdem wir die

Sache nachgeprüft hatten, stellte sich heraus, daß der Mann wirklich keinen Anzug mehr hatte, so daß in diesem Fall dann die Strafe aufgehoben wurde.

Die Mittel für die Kinderspeisung sind in diesem Etat restlos gestrichen worden. Dafür stimmten auch die Sozialdemokraten.

So erkrankten im Jahre 1929 42 766 Kinder an Diphtherie. Die Zahl ist im Jahre 1930 auf 61 943 gestiegen. (Stürmisches Hört, hört bei den Kommunisten.)

Von den Auswirkungen der Erwerbslosigkeit und den niedrigen Löhnen werden aber insbesondere auch die schwangeren Frauen schwer betroffen. Wir haben hier beantragt, daß die Familienwohner-hilfe ausgebaut werden soll. Das wurde von allen Parteien ab-gelehnt. Der Papst empfiehlt, die Frauen sollen Kinder gebären. Er sagt: „Empfangnisverhütung ist etwas Schändliches.“ Wir drängen ja-gen:

„Schändlich ist es, wenn man den Proletarierfrauen empfiehlt, Kinder zu gebären, die sie nicht ernähren können.“

(Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Der Mutterchutz steht in Deutsch-land zum großen Teile tatsächlich nur auf dem Papier. Was wir hier für die proletarischen Frauen fordern, das ist bereits in der Sowjetunion verwirklicht. Die Arbeiter beweisen immer mehr, daß sie zu uns stehen, wir wissen, daß auch die wertvollsten Frauen in Massen zu uns kommen, und daß sie bereit sind, den Weg zu gehen, den das russische Proletariat gegangen ist. (Beifall und Handclatschen bei den Kommunisten.)

34 Hinrichtungen in Indochina im Verlauf eines Jahres

Paris, 16. März. Ungleich viel Sie und Pham Ban Thinh, die beide im vergangenen August von der Kriminalkommission wegen „Teilnahme an revolutionären Attentaten“ zum Tode verurteilt, wurden am Morgen des 10. März hingerichtet. „So verlängert sich — schreibt die „Humanité“ — von Tag zu Tag die Liste der Bluttaten des französischen Imperialismus in Indochina“. Hier die Bilanz eines Jahres: 34 Hinrichtungen; mehr als 600 erschossene oder bombardierte Demonstranten; 1300 Dörfer, die dem Boden gleichgemacht, verbrannt, zerstört wurden; mehr als 6000 Gefangene und Deportierte. „Es ist unbedingt nötig, schreibt das Zentralorgan der KP. Frankreichs, den imperialistischen Heerführern in die Arme zu fallen.“

Bauern Demonstrationen in Oesterreich

Wien, 16. März. In Aufhausen bei Wolfsberg in Kärnten, sammelten sich heute einige hundert Bauern aus der Umgegend und demonstrierten vor dem Gemeindefhaus. Es wurde die sofortige Einberufung des Gemeinderates erzwungen, der öffentlich tagen mußte. Die Führer der Demonstration verlangten ein Versprechen bei der Landesregierung wegen Durchführung einer sofortigen Steuerherabsetzung, Errichtung eines Schulhauses und Durchführung von Straßenbauten. Die Bauern erklärten, daß sie nächstens nach Klagenfurt marschieren werden, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Am Sonntag fand ein Bauernkampftag in Graz und Klagenfurt statt, der von dem revolutionären Bauernaktionskomitee in Steiermark und Kärnten einberufen ward. Diese Kundgebungen fanden statt unter den Parolen: Für die Enteignung und Aufstellung des Großgrundbesitzes, für die Steuerherabsetzung und völlige Steuerbefreiung der armen Bauern! Gegen die ungeheuerlichen kassischen Agrargesetze der Regierung! Gegen den Faschismus! Für das Bündnis der Arbeiter mit der Bauernschaft!

Metallarbeiterstreik in Rumänien

Wien, 16. März. In der Bukarester Eisenfabrik und Maschinenfabrik „Le Matre“, einem der größten Metallbetriebe Rumäniens, brach ein Streik aus. Die Direktion wollte die Löhne um 8 Prozent kürzen, nach langen Verhandlungen kam ein Ausgleich zustande, daß die Löhne um 5 Prozent gekürzt werden. Es wurde ein Kollektivvertrag unterzeichnet. Einige Tage später erklärten aber die Unternehmer, daß sie die Löhne um 15 Prozent kürzen müssen. Darauf legten die Arbeiter die Arbeit nieder.

In diesem Betrieb haben die Arbeiter-Deute, „Ante“ Sozialfaschisten, einen gewissen Einfluß. Diesen Einfluß nützen sie dazu aus, die Arbeiter von der Wahl eines Streikkomitees und der Organisation der Streikposten zurückzuhalten.

Die revolutionären Gewerkschaften riefen die Arbeiter zur Solidarität auf. In den Betrieben wird für die Streikenden gesammelt.

Vorbereitungen zum 1. Mai

Wien, 16. März. Aus Sofia wird gemeldet: Das Organ der revolutionären Unabhängigen Gewerkschaft, „Edinostwo“, veröffentlicht an der Spitze einen Appell an alle Werktätigen Bulgariens, sich für den 1. Mai-Kampf vorzubereiten. Das Blatt schildert die Lage vor dem 1. Mai folgendermaßen: „Sich vertiefende und verschärfende allgemeine Krise, Massenarbeitslosigkeit, verschärfte Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung, Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit, grausamer faschistischer Terror, sicherhafte Vorbereitung des imperialistischen Krieges, vor allem der Intervention gegen die Sowjetunion.“

Die drei bürgerlichen Bauernparteien Bolens, Wozowolenie, Pflast und Stronictwo Chlopstie, haben sich jetzt endgültig zusammengeschlossen. Zum Parteivorstandenden der neuen Partei wurde Witos gewählt.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tokunaga

Verlegt im Internationalen Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin

(Schluß)

Sie waren geschlossen gegen jede Versöhnung. Sie hatten Angst, daß das unfähige Gruppenleiterkomitee, von den Rechten bedroht, diesem Versöhnungsplan zustimmen würde.

Sie waren in der Minderheit. Die ermüdeten Streiker schienen sich gegen die Verführung der Rechten nicht mehr wehren zu können. Die Jungen sahen geschickt kleine Fittchen von Hand zu Hand durch die Reihen gehen, auf denen stand:

„Gegen jede Versöhnung!“

„Mut!“

Aber die vielen, vielen stumpfen Gesichter in der Halle — diese verzweifelten, resignierten Gesichter machten noch nicht das erste Tausend voll. Die dreitausend Genossen, in den letzten zwei Jahren von der Gewerkschaft geküßt und diszipliniert, waren schon zusammengebrochen. Ein Drittel von ihnen dortotierte sogar diese letzte wichtige Versammlung. Von den zuverlässigen führenden tapferen Genossen war niemand zu sehen — sie sahen alle im Gefängnis.

„Gegen jede Versöhnung!“

„Organisiert die Befreiung der Zentralleitung!“

Diese Minderheit der jungen Leute wußte, was sie zu tun hatte. Jetzt war dem Gruppenleiterkomitee nicht mehr zu trauen. Die Frauen, die hinten auf der rechten Seite saßen, schwenkten zu den Jungen ein, jetzt, am Abgrund, bewiesen sie eine wunderbare Fähigkeit.

„Heraus aus dieser Versammlung, wenn unserer Meinung nicht zugestimmt wird!“ schrien Hsjo-tjan und Ogin-tjan, wüßten ihre Köpfe schüttelnd, und standen auf.

Englische Flottenbasis in Rumänien

Macdonald schafft Flottenstützpunkte gegen die Sowjetunion im Schwarzen Meer

Bukarest, 16. März. Der englische Außenminister Bevelson ist in Bukarest eingetroffen. Seine Verhandlungen mit der rumänischen Regierung gelten der Realisierung des Plans des Macdonald-Kabinetts, eine englische Flottenbasis im Schwarzen Meer an rumänischem Gebiet zu veranlassen.

Gleichzeitig wird gemeldet, daß eine strategische Bahn Rom-Bukarest, welche die Verbindung zwischen Galatz und Kischinew weiter abwärts, fertiggestellt ist.

Diese neuen Rüstungen der „sozialistischen“ Macdonald-Regierung sind ganz eindeutig nur gegen die Sowjetunion gerichtet.

Große französische Manöver

Paris, 14. März. Zwischen dem 10. und 16. September finden unter Leitung des Generals Claudel zwischen Reims, Laon und Rethel die diesjährigen großen Herbstmanöver statt. An den Manövern werden voraussichtlich drei Divisionen teilnehmen, die durch Flugzeuge und Tankgeschwader unterstützt werden.

Zusammenstöße in Griechenland

Athen, 16. März. Mehr als 700 arbeitslose Tabakarbeiter demonstrierten vor dem Büro der Versicherungskasse in Coudalia. Sie verlangten die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung und Arbeit. Die Arbeiter schickten dann eine Delegation zum Direktor der Versicherungskasse, die ihm ihre Forderungen überreichte. Der Direktor versicherte, daß nachmittags die Antwort des Ministeriums einlangen werde. Die Arbeiter kamen am Nachmittag wieder, aber die Antwort blieb selbstverständlich aus. Die Arbeitslosen demonstrierten unter den Rufen „Wir wollen Arbeit!“ „Wir verlangen Unterstützung!“ Es kam zu Zusammenstößen. Die Polizei schlug mit Gewehrkolben auf die demonstrierenden Arbeiter ein. Einige Arbeiter wurden verhaftet.

„Tod Mussolini!“ — das ist der Schlachtruf der Arbeiter im „Dritten Reich“

Fabrikblut in Neapel

Zur Verzweiflung getriebene Textilarbeiter in erbittertem Kampf mit faschistischer Soldateska Die Frauen in den ersten Reihen — Ganz Süditalien von blutigen Arbeitskämpfen erschüttert

Paris, den 16. März. Die „Humanité“ veröffentlicht eine Korrespondenz, nach der es Anfang März zu einem blutigen Streik in den Textilfabriken der „Cottiniere Meridionale“ in Neapel gekommen ist.

Trotz der schweren Krise beschäftigen diese Fabriken noch 3000 Arbeiter, zum größten Teil Frauen. Ihre Löhne sind die niedrigsten in ganz Neapel: 10—12 Lire Tagelohn für die Arbeiter und 8—8 Lire für die Arbeiterinnen. Trotz einer vor einiger Zeit vorgenommenen Lohnkürzung von 12 Prozent wurde eine neue von 20 Prozent angekündigt. Dies trieb die Belegschaft zur Verzweiflung. Die Arbeit wurde eingestellt. Heftige Demonstrationen spielten sich in den verschiedenen Abteilungen ab. Die Maschinen, die schon hergestellten Waren und das Rohmaterial wurden gebrauchsunfähig gemacht und die Fenster eingeschlagen. Als die Arbeiter auf das Gebäude der Betriebsleitung marschierten, entspann sich ein Kampf mit der faschistischen Miliz, die zur Verteidigung der Fabrik herbeigerufen worden war. Der Offizier und zahlreiche Milizleute wurden verletzt und schließlich gezwungen, die Flucht zu ergreifen.

Darauf wurden Karabiniere zur Fabrik geschickt, um die „Ordnung“ wiederherzustellen, aber die Arbeiter lehnten ihnen einen energischen Widerstand entgegen. Eine Arbeiterin riß sich ihre rote Bluse vom Leibe und machte daraus eine Fahne. Die Arbeiter, besonders die Frauen, kämpften lange um diese improvisierte Sturmfahne und wichen nur allmählich zurück, jeden Schritt Boden mühsam verteidigend unter dem Rufe: „Tod Mussolini!“ Die Fabriken konnten erst nach langem Kampf besetzt werden. Die Arbeiter hatten 20 Verwundete, besonders Frauen. Am nächsten Tage wurden an hundert Frauen verhaftet.

Diese Ereignisse haben in der ganzen Stadt einen ungeheuren Eindruck hervorgerufen. Obgleich die Presse sie totschweigt, spricht heute das ganze proletarische Italien von den tapferen Textilarbeitern von Neapel. Die Stimmung der Arbeiterchaft wurde noch gehoben durch ähnliche Nachrichten von heftigen Kämpfen in Süditalien, so in den Städten Caserta, Salerno, Grosinone, Potenza, Matera, Messina.

Marx über Kautsky

Was der Verräter Rjasanow unterschlug

In Verbindung mit der Entlarvung der konterrevolutionären menschenwärtigen Interventionisten ereifert sich in letzter Zeit der große Karl Kautsky besonders erbittert gegen die Sowjetunion und gegen die proletarische Diktatur. Im Licht der Entwicklung Kautskys vom Marxismus zum konterrevolutionären Sozialfaschismus tritt mit besonderer Klarheit die Richtigkeit des Urteils zutage, das Marx über Kautsky in einem Brief an seine Tochter Jenny vom 11. April 1881 ausgesprochen hat. Der Brief wurde im vollen Wortlaut noch nicht veröffentlicht. Das Original befindet sich seit 1925 im Marx-Engels-

Institut in Moskau, wurde aber vom früheren Direktor des Instituts, dem Verräter Rjasanow, sorgfältig geheimgelassen. Gegenwärtig veröffentlicht das Institut einen bisher unbekanntem Teil des Briefes.

Marx gibt von Kautsky folgende Charakteristik:

„... Auch Engels urteilt viel milder über diesen Kautsky — seitdem letzterer großes Talent im Trinken beweist. Als derselbe zuerst bei mir erschien — das Käuzchen, mein ich —, war die erste Frage, die mir entfuhr: Gleichen Sie Ihrer Frau Mutter? — Aber auch absolut nicht, versicherte er; ich gratulierte im Stillen seiner Mutter. Er ist eine Mittelmäßigkeit, von kleinen Gesichtspunkten überweis (erst sechsundzwanzig alt), Besserwisser, in einer gewissen Art Nüssig, macht sich viel mit Statistik zu schaffen, liest aber wenig Geschicktes heraus, gehört von Natur zum Stand der Philister...“

Auch unter den Jungen erhoben sich einige und schrien:

„Fort mit diesen schamlosen Versöhnungsbedingungen!“

In der Halle wurde es lebendig. Von der Seite der Rechten spritzte hohes und verächtliches Lachen auf. Die Frauen erhoben sich empört, um auf diese Provokation zu antworten; bald stimmte einer das Lied von der roten Fahne an; die Polizei schritt ein und verhaftete einige, aber das Lied hörte nicht auf.

Längst war die Eröffnungszeit der Tagung überschritten und noch zeigte sich niemand am Vorstandstisch. Wegen der unvorstellbaren Gegenätze der beiden Richtungen konnte die Vorstandsführung der Gruppenleiter zu keinem Abschluß kommen.

„Los, fangt schon an!“

Der Lärm im Saal wurde immer größer.

Da sprang ein junger Mann, der seine alte dreifache Mühe in den Nacken geschoben hatte, auf den Vorstandstisch. Von rechts klatschte man.

„Kollegen!“

Mit geröteten Backen schrie der Junge aus voller Lunge.

„Wir haben heute drei volle Monate bis aufs Blut gekämpft —“

Er leuchtete nach jedem Satz wie ein Fisch auf dem Trocknen.

„Viele von uns werden im Kerker gequält, viele sind gestorben, viele sind wahnsinnig geworden —“

Künstlos, schlur mit der ganzen gesammelten Kraft seines jungen Körpers nach der Junge jeden Satz wie mit einem Hammer in die Leute hinein.

„Aber — diese Opfer haben wir nicht gebracht — um nun diese schamlosen Versöhnungsbedingungen anzunehmen.“

„Jawohl, richtig!“ brüllten die Leute, die seine Worte wie Medizin schluckten. Der Junge war nicht berührt, nicht einmal sehr bekannt unter ihnen, aber seine breiten Schultern sahen so vertrauenswürdig aus, als würde dieser wichtige Moment, in dem er sprach, von diesen breiten Schultern getragen. Der Junge nahm seine Mühe ab und schwenkte sie in der Luft:

„Jetzt holt der Feind zum Todesstreich gegen uns aus — wir müssen ihm das Schwert aus der Faust schlagen oder darunter sterben!“

Die Rechten hüllten sich in vorsichtiges Schmelgen. Der Junge gab ihrer Stimmung nur neue Nahrung.

„Wir müssen diese Bedingungen ausschlagen, ablehnen und weiterkämpfen!“

Die Linken empfingen den Jungen, als er vom Tisch zurückkam, mit begeistertem Beifall. Aber unter den Rechten flüsterte man sich vorsichtig zu, einer von ihnen stand auf und rief:

„Sofortige Abstimmung über Fortsetzung des Streiks oder Annahme der Bedingungen!“

Am Vorstandstisch erschien jetzt Rindo mit gleichgültigem Gesicht als Vertreter des Gruppenleiterkomitees. Sie Stimmung im Saal machte ihn verlegen, er wollte etwas sagen.

„Sofort den Beschluß des Komitees!“

Die Linken standen auf und rückten näher. Die Rechten drohten mit Abstimmung. Die beiden Richtungen rotteten sich am Vorstandstisch zusammen.

„Das Gruppenleiterkomitee — hat unter Tränen beschlossen — daß wir mit der Annahme der Bedingungen diesen Streik abbrechen —“

Kaum hatte er das gesagt, sprangen die Jungen auf die Tribüne, stießen ihn herunter, unter den Frauen flogen die hohen schrillen Stimmen hoch — der ganze Saal lachte.

„Heraus aus diesem Dreck!“

„Heraus aus diesem Saal!“

„Die Fahne gehört uns!“

Die Jungen ergriffen die rote Fahne, Leute von den Rechten wollten sie ihnen entreißen. Man rang um die Fahne, und ihre Hülle wurde zerrissen.

„Nehmt die Fahne!“

Der Junge, der vorher gesprochen hatte, sprang von der Tribüne herab in den Reihenblock, der um die Fahne rang, er stieß Freund und Feind beiseite, nahm die Fahne und rannte mit ihr aus der Halle.

„Heraus! Heraus!“

Die Jungen und Frauen folgten ihm. Draußen stand der Junge, die Fahne im Arm, und schrie:

„Schützt die rote Fahne!“

„Die rote Fahne!“

Rund um den Erdball

Der Dank vom Rittergut Holzhausen

Wie Landarbeiter Rudolf Urdt starb

Empörende Geschichte einer Todesanzeige

Am 7. März veröffentlichte das „Amtliche Kreisblatt für Kräh a. d. Aaatter und Umgebung“ auf seiner Felsweise folgenden „warmherzigen“ Nachruf:

Nachruf

Am 5. März verschied infolge eines schweren Unfalles der Gelpannführer

Rudolf Urdt

Wir verlieren in ihm einen pflichtgetreuen, fleißigen, rechtschaffenen Mitarbeiter. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Die Verwaltung des Rittergutes Holzhausen
Hille.

Sämtliche Kleinbürgerlichen Leser des Kreisblattes waren an diesem Tage davon fest überzeugt, daß auf dem Rittergut Holzhausen wirklich warmherzige und mitfühlende „Arbeitgeber“ sitzen, denen der Tod selbst ihres letzten Landarbeiters tief ans Herz geht.

Wie war aber die Geschichte in Wirklichkeit? Wie unsere Genossen berichten, starb der Landarbeiter Rudolf Urdt am 5. März infolge eines Betriebsunfalles. Und zwar während des Unfalls beim Dungefahren, indem der Wagen in der Stallausfahrt seitlich wegrutschte und den Fahrer, also Rudolf Urdt, zwischen Mauer und Wagen einklemmte, so daß er mit drei Schädelbrüchen wie tot liegen blieb. Der Inspektor Heese, der den Vorfall beobachtet hatte, leistete auf seine Art die „erste Hilfe“, und zwar kam er herbeigerannt und brüllte den am Boden liegenden Verletzten

Landarbeiter an: „Nun verstellen Sie sich man nicht, stehen Sie endlich auf!“

Auf Veranlassung dieses edlen Menschenfreundes wurde der Verletzte dann auf eine Mistgabel geladen und nach Hause geschleift. Unterwegs fiel er von der Schleiße herunter. Ein Notverband wurde auch nicht angelegt, wie es überhaupt scheint, als ob Tragbahnen und ähnliche Sanitätsausrichtungen auf diesem Rittergut unbekannte Dinge sind. Der endlich hinzugeholte Arzt ordnete die Ueberführung ins Krankenhaus an. Hier, im Krankenhaus, tat eine „Schwester“ das ihrige, um der herrschenden Ansicht Ausdruck zu verleihen, daß im kapitalistischen Deutschland Landarbeiter nicht zu den Menschen

gehören. Herrschte diese „warmherzige“ Schwester doch die Frau des Verletzten in barschem Ton an: „Sie brauchen sich nicht so viel zu bemühen, der Mann lebt ja doch nicht mehr lange“.

Und der Besitzer des Rittergutes, der Herr Major Hille vom Gut Holzhausen, gab dann noch der unglücklichen Frau Urdt, die in ihrer verzweifeltsten Lage nicht mehr ein noch aus wußte, den „guten Rat“, doch einen Armenarzt zu kaufen. Worauf er in sein Büro ging, sich dort an den großen Schreibtisch setzte, um dann die oben veröffentlichte Todesanzeige zu entwerfen.

So, nun wissen wir, wie in Wirklichkeit der Dank vom Rittergut Holzhausen aussieht. Es ist also nicht so, daß einem „warmherzigen, mitfühlenden Arbeitgeber der Tod eines seiner Landarbeiter ans Herz gegangen ist“, sondern daß diese brutale Ausbeuter nur nach außen den Schein wahren wollten. Und solche Rittergutsbesitzer gibt es in allen finsternen Ecken Deutschlands, und zwar solange, bis die deutschen Landarbeiter und Kleinbauern das große Beispiel ihrer sowjetrussischen Arbeitsbrüder befolgt haben.

Erdbebenkatastrophe in Jugoslawien

Unser Bild zeigt eine der ähnlichen Straßen des jugoslawischen Dorfes Pirawa, das durch eine Erdbebenkatastrophe in der Nacht zum 8. März vollständig zerstört wurde, wobei 30 Bewohner ums Leben kamen.



Revolte im Staatsgefängnis

Mit Maschinengewehren und Tränengasbomben gegen die Gefangenen

New York, 16. März. Zu einer wilden Verzweiflungssaktion der Gefangenen kam es im amerikanischen Staatsgefängnis von Joliet. Dort versuchten zahlreiche Inhaftierte einen Ausbruch, der aber geradezu in Blut erstickt wurde. Vier Gefangene wurden dabei getötet.

Mit Maschinengewehren und Tränengasbomben wurden die Gefangenen wieder in die Zellen zurückgetrieben. Die beiden Millionärsöhne Loeb und Leopold, die, wie erinnerlich, wegen Mordes zum Tode verurteilt, dann aber begnadigt worden waren, haben sich ebenfalls an dieser Revolte hervorragend beteiligt. Die Spelshalle und zwei große Werkstätten wurden bei der Aktion zerstört. Insgesamt wurden 45 Gefangene in Ketten gelegt.

Für 1 Liter Schnaps — lebenslänglich

In Kansas-City wurde ein 55jähriger Mann namens Sutler, der bereits dreimal wegen Verstoß gegen das Prohibitions-Gesetz bestraft worden war, zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt, weil man bei ihm einen Liter Schnaps gefunden hatte. Dieser Wahnsinn wird erst recht verständlich, wenn man bedenkt, daß die großen Verbrecher, die mit der Polizei unter einer Decke arbeiten, nämlich Al Capone, Jack Diamond usw., sich nach wie vor der „goldenen Freiheit“ erfreuen.

„Die vollkommene Ehe“ auf dem Index

Der „Stellvertreter Gottes auf Erden“ hat jetzt Bander des Buch „Die vollkommene Ehe“ auf den Index gesetzt. Die Schächeln der katholischen Kirche dürfen also nunmehr bei Strafe des „ewigen Fegefeuers“ die „goldenen Eheregeln“ bürgerlicher Ehe reformer nicht kennen lernen. Es bleibt also dabei, daß die irdische Liebe eine sündige Geschichte darstellt.

Versicherungsmörder Tetzner



Heute beginnt vor dem Regensburger Schwurgericht der Mordprozeß gegen den Versicherungsagenten Tetzner, der bekanntlich im Dezember 1929 auf der Landstraße, unweit Regensburg, einen Wanderburschen in das Auto gelockt und ihn mit dem Wagen bei lebendigem Leibe verbrannt hat. Mit diesem grauenhaften, niederträchtigen Verbrechen wollte Tetzner einen eigenen tödlichen Unfall vortäuschen und durch seine, in den schändlichen Mordplan eingeweihte Frau, eine außerordentlich hohe Versicherungssumme abheben lassen. Wir werden über den Prozeß laufend berichten.

Die Sowjetfahne im Polargebiet

Forschungen auf dem Franz-Joseph-Land

Radioberichte roter Forscher nach Leningrad

Leningrad, 16. März. Die kleine sowjetrussische Antarktisinsel im Polargebiet, die von Franz-Josephs-Land mit der weiteren Erforschung der Umgebung beauftragt ist, hat jetzt durch das Radio nach Leningrad über ihre bisherige Tätigkeit berichtet.

Es handelt sich vor allem um die Erforschung der großen Insel Sewernaja Semlja (Nordland), die Feststellung ihres Umfangs, der Zugänglichkeit usw. Aus dem Bericht geht hervor, daß die wiederholten Expeditionen im Dezember des vorigen und im Januar und Februar des laufenden Jahres mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt haben. Grimmige Kälte Temperaturen zwischen 37 und 47 Grad waren zu verzeichnen und erschwerten vor allem das Lagern in den Nächten, da die außerordentliche Kälte die Teilnehmer der Expedition immer wieder dazu zwang, die Nachtruhe zu unterbrechen und durch körperliche Bewegung gegen die Gefahr des Erfrierens anzukämpfen. Dazu kamen heftige Stürme. Trotzdem sollen im Laufe des Jahres noch mehrere Expeditionen auf die bisher noch vollkommen unerforschte Insel unternommen und der Versuch gemacht werden, ihre Grenzen und Beschaffenheit möglichst genau festzulegen.

Ein neues, furchtbares Gift

Ein Arzt in Kapstadt hat jetzt ein neues Pflanzengift entdeckt, dessen tobbringende Wirkung um 5000 mal

stärker sein soll als von Strichnin, und zwar handelt es sich um ein zwiebelartiges Gewächs, das in der Nähe des Binnas-Flusses vorkommt. Nach eingehender Untersuchung kam man zu dem Resultat, daß ein kleines Quantum dieses Giftes genügt, um zehntausend Menschen zu töten.

25 000 Touristen nach der Sowjetunion

Nach Meldung des deutsch-russischen Reisebüros „Journetourist“ haben sich für das laufende Jahr bereits schon 25 000 Personen zur Reise nach der Sowjetunion angemeldet. Die Reisetouren sind in diesem Jahre bedeutend erweitert worden. Außer Leningrad und Moskau werden Dniepropetrowsk, Traktorstroj, die Genossenschaft „Siegant“, „Werbiljud“, der Kaukasus und auch die Wolgaregion besucht. Selbstverständlich werden den Touristen auch alle Erdringenheiten der letzten Jahre auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet gezeigt werden.

14 Verletzte bei einem Autounfall

Nach einer Meldung aus Paris ereignete sich am Sonnabend in der Nähe von Carcassonne ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einem vollbesetzten Autobus. Bierzehn Personen wurden dabei schwer verletzt.

Deutscher Arbeiter aus der Sowjetunion:

„Vacuum Ueberstunden gemacht wurden, wollt ihr wissen...?“

Moskau, 23. Februar.

Liebe Eltern und Geschwister! Endlich komme ich dazu, Euch einen Brief zu schreiben. Denn was ich hier abtippe, ist so überwältigend, daß man bei dauernder Beobachtung der Verhältnisse tatsächlich keine Zeit hat, an sich selbst zu denken, geschweige denn zu schreiben. Aber es muß sein, daß ich schreibt, damit ihr und ganz besonders Willi den richtigen Begriff davon bekommt, was hier in der Sowjetunion vorgeht.

Das Wichtigste also: hier braucht keiner zu hungern, der nicht zu faul ist zum Essen. Mittagessen im Speisehaus 85 Kopeten. Es schmeckt sehr gut und ist in der letzten Zeit sogar immer besser geworden. Die Preise für alles werde ich in einem späteren Brief mal genauer angeben. Jedenfalls wird hier der größte Hunger nicht. Der Lohn ist so, daß man gut damit auskommt. Ich habe bisher 250 Rubel im Monat und bekommen 250 und wenn ich nur 200 hätte, wäre ich aus.

Heute habe ich Geld bekommen, 216 Rubel für einen halben Monat. Habe dabei aber 32 1/2 Ueberstunden gemacht, das macht allein ziemlich 80 Rubel. Warum wir hier überhaupt

Ueberstunden machen, wollt ihr wissen? Ein Werkzeugmacher namens Schulz, auch ein Deutscher, und ich haben ein Werkzeug konstruiert, das unsere Produktion um das Siebenfache steigert. Man hat uns gleich fotografiert und unser Bild wird auch in Eurer Arbeiter-Zeitung in den nächsten Tagen kommen. Also Willi, aufgepaßt! Es werden in Eurer Arbeiterpresse bald einige Artikel von uns erscheinen. Da ich im Redaktionskollegium der Betriebszeitung unseres Werkes bin, ist man sowieso schon gezwungen, viel zu schreiben und ich kann Euch sagen, daß ich das aus vollster Ueberzeugung und mit größter Freude tue... Man muß der Wahrheit als Arbeiter die Ehre geben und allen möglichen Meldungen über Sowjetrußland entgegenzutreten. Also, wenn ich sonst auch nicht viel Briefe geschrieben habe, so werdet ihr in Zukunft aber mehr von mir erfahren. Und ihr könnt Euch dann auch beteiligen, etwas mehr zu schreiben von Eurem Leben. Und besonders dem Willi möchte ich sagen, daß er sich vorerst das Saufen abgewöhnen muß, wenn er Kommunist werden will, und wenn ich für ihn eintreten soll, daß er hier nach Sowjetrußland übergeholt wird. Also, schreibt, schreibt, bei Euch sind ja viele arbeitslos und ihr habt noch mehr Zeit wie wir hier.

Warum bis auf ein Wiedersehen
Euer Sohn und Bruder Erich.
Meine Adresse: Erich Wittenberg, Moskau, Elektrowerk, Ausländerbüro.

Heraus zur Kundgebung gegen Severing heute 19 Uhr auf dem Neumarkt

Antreten um 18.30 Uhr. Nord: Weissenburger Platz; Ost: Königsgräber Straße; Süd: Scharf; Südwest: Striegauer Platz; Zentrum: Wallstraße, am Königsplatz; Süd: Teichhacker (Brausebad); Südwest: Teichhacker.



Bedenkfeier morgen 19.30 Uhr im „Lunapark“

Geschlossener Anmarsch. Sammelpunkte: Nord: Weissenburger Platz; Ost: Königsgräber Straße; Scheitnig: Hirschecke Bockstraße; West: Striegauer Platz; Zentrum: Wallstraße, am Königsplatz; Süd: Teichhacker (Brausebad). Zentraler Sammelpunkt: am Ohlauufer (Freiheitsbrücke).

Von den Armen nimmt man es, die Reichen...

Obwohl die Bewohner des Uebergangsheimes in der Bergstraße in keinem regulären Mietverhältnis stehen, verlangt der Magistrat für die Inanspruchnahme des elektrischen Lichtes von den in der Siedlung selbst umgehenden Bewohnern eine sogenannte Uebernahme...

Marxistische Arbeiterschule

Heute 20 Uhr bei Hahn, Werberstraße, Esperantokursus. Ebenfalls heute 20 Uhr bei Jibig, Enderstraße 1, Fortsetzung des Kurses über proletarische Frauenbewegung.

Beim Auspringen auf die Straßenbahn schwer verletzt. Am Sonntagabend, gegen 23 Uhr, versuchte der 17jährige Arbeiter W. Adalbertstraße wohnhaft, auf dem Leffingplatz auf einen in Fahrt befindlichen Zug der Straßenbahn, Linie 7, auszuspringen.

Einen Raubüberfall versuchten gestern der 31jährige Paul P. und der 42jährige Mag. D., indem sie auf der Sonnenstraße eine Schlägerei inszenierten, und im Verlaufe dieser den 56jährigen Schuhmacher Josef S. überfielen und ihm die Brieftasche zu rauben versuchten.

Diebstähle. In der Nacht zum Montag wurde ein Einbruchsdiebstahl in ein Zigarrengeschäft in der Gohlfstraße verübt, wobei den Dieben 3000 Stück Zigaretten verschiedener Marken und Preislagen sowie etwa 2000 Stück Zigarren, ferner 10 Pfund Tabak, eine alte Brieftasche mit 50 Mark und 4 Mark Kleingeld aus der unverrichteten Ladenkasse in die Hände fielen.

Arbeitersport

Die Naturfreundephotographen wissen nichts von Klassenkampf

A. R. Alle Vollmitglieder des V.B. „Die Naturfreunde“ bekommen von ihrer Zentrale aus Wien eine Zeitschrift mit dem Titel „Der Naturfreund“. Dieser Naturfreund hat also eine gewisse Bedeutung für die gesamte internationale Naturfreundebewegung.

Zu Anfang des Artikels befaßt sich der Wiener Schreiber mit den Ausstellungen der Naturfreundephotographen und kommt zu der Feststellung, daß dabei etwas zu fehlen „scheint“. Er merkt sogar, wo es fehlt, denn er schreibt, daß die ausgestellten Bilder ebenso von Menschen geschaffen sein könnten, die nicht aus den Kreisen der Klassenbewußten Arbeiterschaft stammen; das wäre ein Mangel.

„Wir sind Arbeiter. Ob in der Werkstatt oder im Büro: Nationalisierung, Zentrenierung, laufendes Band haben frühere Arbeitsmethoden abgelöst und spannen alle unsere Kräfte an. — Das hat unser Denken verändert! Wir sind Naturfreunde. Der ratternde Zug führt uns durch Vorstädte, an unseren Arbeitsstätten vorbei, hinaus in die Natur. Wir wandern durch wogende Felder und sehen, wie die Ernte reift. Der rauschende Wald ist um uns. Wir klettern durch Eis und Schnee empor zu einsamer Gipfelschöpfung: Ruhe und Selbstbild ist der Gemin. — Das verändert unser Fühlen. Wir sind Photographen. Wir schauen mit geändertem Denken und geändertem Fühlen in diese Welt und suchen in allem überall die Schönheit. So wie wir sie sehen, wollen wir sie euch, Schwestern und Brüder, zeigen. Wenn sich alle Naturfreundephotographen klar geworden sind über die Wichtigkeit und Notwendigkeit dieser Forde-

Bürokraten schließen aus. Antwortet:

Nun erst recht AGD! Nun erst recht Kampf dem Lohnraub!

Berspätet wird uns mitgeteilt, daß in der Gasse-Brauerei eine Reihe Kollegen, die sich zur AGD bekennen und auf der roten Einheitsliste zur Betriebsratswahl kandidieren, aus dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter ausgeschlossen worden sind.

nahme, dadurch die oppositionellen Kollegen von der Delegiertenliste zu können. Diese Absicht wird Ihnen nicht gestatten. Die Ausschüsse in der Gasse-Brauerei haben das Gegenteil von dem gewünschten Zweck erreicht! Alle Kollegen sind über die Ausschüsse empört und werden bei der Betriebsratswahl nun erst recht die Einheitsliste der Betriebsarbeiter wählen! Wir werden morgen über den Gasse-Betrieb einen ausführlichen Bericht veröffentlichen.

Kartonagenfabrik kommt gleich offen AGD.

Am Sonnabend fand im „Anglerheim“ eine Versammlung der in der Kartonagenfabrik Posener Straße 78 beschäftigten Kolleginnen statt. Das Referat über: „Was ist und was will die AGD?“ hielt der Genosse Paul. In der Aussprache brachten die Kolleginnen ihre Erbitterung über den sechsprozentigen Lohnraub zum Ausdruck und stellten fest, daß irgendwelche Hoffnungen auf die Gewerkschaftsbürokraten nicht zu bauen sind.

einen oder mehrere Kollegen im Ortskomitee der AGD vertreten werden. Die anderen Betriebe müssen folgen! Unsere Lösung: Kein Betrieb in Breslau ohne Betriebsgruppe der AGD.

Die Vorbereitungsarbeiten zur Ausstellung roter Einheitslisten zur Betriebsratswahl haben gezeigt, daß wir noch viele Mängel und Schwächen aufzuweisen haben. Diese Mängel und Schwächen müssen auf dem schnellsten Wege ausgemerzt werden. Alle Mann an Bord, um unter Führung der AGD den Abwehrkampf gegen den Lohnraub zu organisieren!

Eisenbahner, nicht auf halbem Wege stehen bleiben!

„Linke“ Funktionäre stellen radikale Anträge, fallen aber in der Regel um Kollegen, organisiert den Lohnkampf!

Ein mit der AGD sympathisierender Eisenbahner stellt uns folgenden Bericht von der letzten Funktionärssitzung des Einheitsverbandes im Gewerkschaftshaus zu: Es wurde eine jährliche Resolution an den Hauptvorstand in Berlin abgegeben. Der Ortsangehörige Führermeister sträubte sich, diese zu unterschreiben. Warum wohl? Die sogenannten „linken“ Funktionäre boten gegen Führermeister. Bei der Verhandlung der Anträge zur Hauptversammlung wurde beantragt, daß der Paragraph im Statut, der festlegt, daß der Einheitsverband eine Klassenkampforganisation sei, wieder angenommen wird.

Funktionäre mit den Bogen durch die und dünn gegangen sind und alle ihre Maßnahmen gebilligt hatten. Warum nun auf einmal so radikal? Der Held, Matner, Hilbig und Weigelt sind doch diejenigen, die bei der Delegierten Delegation zum Verbandstag bestimmt zu fallen werden. Beweise aus der Vergangenheit haben wir genügend. Jegliche Maßnahmen zur Lohnbewegung wurden nicht beschlossene. Das einzige, was bisher getan wurde, war die Verammlung im „Schickweder“.

Kollegen, die Entscheidung über die Lohnhöhe liegt bei euch. Ihr müßt unter Führung der AGD in allen Betrieben vorbereitende Ausschüsse wählen und den Streik gegen jeden Vermögungslohnraub organisieren und durchführen. Nur so wird es möglich sein, den Lohnraub abzuwehren! Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz am kommenden Sonntag, die wichtigste Kammerkammer zu lassen haben wird, muß jede Dienststelle vertreten sein!

In Deutschland

Herben 9000 Jugendliche an Lungenschwindsucht!

In der Sowjetunion

werden die Jugendlichen in Sanatorien gelichtet!

Der kämpfende Jugend! Kämpft mit uns für ein freies, sozialistisches Deutschland! Beteiligt euch in Massen am Reichsjugendtag der werktätigen Jugend

Ostern 1931 im roten Berlin!

rungen, dann ist aus einer bloßen Liebhaberei des einzelnen die bewußte, gewollte, künstlerische Ausdrucksform einer Gemeinschaft geworden, der wir alle angehören.“

So etwas schreibt man in der allgemeinen Zeitschrift einer „internationalen“, „proletarischen“ Bewegung. Das ist Schändlichkeit in Reinkultur. Die Naturfreundephotographen sollten sich so etwas von ihrer Zentrale nicht bieten lassen. Die Forderung des Arbeiters: „Stelle die Kamera in den Dienst deiner Klasse.“ Photographen-Bundes gilt auch für Naturfreundephoto-

Schachspieler und Interessenten!

Der Arbeiterportverein „Kanal-Roth“, Mitglied der Kampf-gemeinschaft für rote Sporteinheit, macht bekannt, daß am Donnerstag um 20 Uhr bei Jibig, Enderstraße 1, eine Gründungsversammlung der Schachabteilung stattfindet. Alle Schachspieler und solche, die es werden wollen, laden wir hiermit ein, teilzunehmen.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität

Am 19. April 6 Uhr früh findet die Eröffnungs-Zweierläufigkeitsfahrt statt, und zwar auf der Rundstrecke dreimal um Ostschin. Alle Rennfahrer des Bezirks I sind dazu eingeladen. Startmeldungen nimmt der 1. Rennschmar, Genosse Paul Dittmann, Breslau, Köpchenstraße 57, entgegen, und zwar unter Angabe des Vornamens, des Geburtsdatums, der Wohnung und des Berufs. Meldebefehl am 1. April. — Jeden Sonntag Training der Rennfahrer. Treffpunkt 9 Uhr am Ring, Ratzevitzecker.

Mannschaftskämpfe um die Kreismeisterschaft der Arbeiter-Athleten des 2. Bezirks

Die diesjährigen Kreismeisterschaften im Ringen und Gewichtheben, die seitens des 1. Kreises Schlesien vom 2. Bezirk des Arbeiter-Athleten-Bundes zur Ermittlung der schlesischen Kreismeister durchgeführt wurden, haben am Sonntag in Altwasser im Gasthof zum „Weißen Kopf“ wieder eine Reihe Mannschaften am Start. Es fanden sich gegenüber die Mannschaften „Sandow“ Ober-Waldenburg gegen Kraftsportabteilung Neu-Krausendorf im Ringen. Im Heben „Einigkeit“ Altwasser (Bezirksmeister der A-Klasse) gegen Neu-Krausendorf (Bezirksmeister der B-Klasse). Im Heben belegte Altwasser den ersten Platz mit 132,2 Punkten gegen Neu-Krausendorf mit 108,9 Punkten. Im Ringen ging „Sandow“ Dittersbach mit 9:3 und Neu-Krausendorf mit 7:5 Punkten hervor. Höchstleistungen im Heben waren folgende im einarmig Reigen: Klose (Altwasser) und Otto Wolf (Neu-Krausendorf) mit 130 Pfund. Einarmig Stößen: Klose

(Altwasser) und Scholz, Wolf (Neu-Krausendorf) mit 150 Pfund. Zweiarmlig Reigen: Klose (Altwasser) 160 Pfund und zweiarmlig Stößen mit 220 Pfund. Auch im Ringen wurden gute technische und taktische Kämpfe gezeigt. Am Anschluß an die Kämpfe zeigte Kraftsportverein „Normans“ Weickert mit Genossen Girsch, der mit einer 12 Mann starken Mannschaft auftrat, Ju-Jitsu-Demonstrationen. Vom Kraftsportverein „Spartanin“ Waldenburg wurden ebenfalls einige gute technische Vorkämpfe gezeigt. Die Veranstaltung war gut besucht.

Serienkampf im Morak in Freiburg

Mit Sonntag, dem 15. März, begann in der 1. Gruppe des 1. Bezirks die Frühjahrsrunde der Fußballer. Der Kreismeister Freie Sportfreunde Waldenburg hatte in seinem heimlichen Geißden zum neuen Start „Stern“-Zirkel als Gegner. Freie Sportfreunde, an schwere und harte Kämpfe gewöhnt, überfuhr die Zirkler bis Halbzeit mit 3:0. Auch in der zweiten Halbzeit gingen die Gäste leer aus, denn alle noch so gut gemeinten Angriffe ihrerseits erstickten in dem bis über die Köpfe reichenden Morak des Platzes. Was dann übrig blieb, wurde sichere Beute des titelverteidigenden Platzbesizers, der mit seinem raumgreifenden vorteilhaften Stoß- und Laufspiel weit mehr erfolgreich sein konnte. — Sportfreunde I Waldenburg gegen Stern I Zirkel 5:0. — Sportfreunde II Waldenburg — Stern II Zirkel 5:1.

Strehlen

Häusler ins Stammbuch

Der Bezirksleiter des Steinarbeiterverbandes fühlte sich auf die Hüftaugen getreten, weil wir vor kurzem meldeten, ob bekannt ist, daß der Steinarbeiterverband nur noch 300 Mitglieder zählt. Er erklärte in der letzten Steinarbeiterversammlung lang und breit, daß durch derartige Veröffentlichungen die Unternehmer auf die Schwäche der Organisation aufmerksam gemacht würden. Hierzu haben wir nur zu sagen, daß erstens er selbst die Mitgliederzahl in der vorletzten Versammlung bekanntmachte, was doch zumindestens ebenso offensichtlich ist, und zweitens die Unternehmer ganz andere Quellen haben, wo sie die Stärke der Verbände feststellen können, sie aber doch übrigens genau wissen, daß von den reformistischen Verbänden keine Gefahr für die Unternehmer besteht. Aber wir wollen mal etwas zurückgreifen: Schöfel war es, daß er, als von ihm die Kollegen ausgeschlossen wurden, die Namen an die Schreiberin hakte, was den Betriebsleiter Walter zu der Bemerkung veranlaßte: „Wo, die Großschmuggler!“, und sich die Namen der Kollegen notierte.

Ohlau

25 neue Kämpfer

Am Freitag fand in Ohlau eine außerordentliche Versammlung statt, in der der Genosse Paul das Referat hielt. Auffallend war die Anwesenheit vieler SPD- und Reichsbannerkollegen. 25 Arbeiter traten sofort dem Kampfklub gegen den Faschismus bei. Ein alter Reichsbannerkollege rief demonstrativ die Fahne von seiner Höhe ab und erklärte, daß er den Verrat nun endlich satt hat.

Warnung aus Nordwest!

Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen über neuen 30- bis 40prozentigen Lohnraub

Ein neues großzügiges Verbrechen der SPD-Führer an der deutschen Arbeiterklasse ist in Vorbereitung. Wie der christliche Metallsektor Burgarg auf einer Delegiertenkonferenz des Ruhrgebietes ausplauderte, finden seit Wochen geheime Verhandlungen zwischen den Metallkönigen von Nordwest und den „freien“ und christlichen Verbänden statt.

Es geht um nichts weniger als um den ungeheuerlichen Versuch, durch einen großzügigen Schlag das ganze Lohnniveau der deutschen Arbeiterklasse um weitere 30 bis 40 Prozent zu senken.

Das kapitalistische System macht die verzweifeltsten Anstrengungen, um aus seiner tiefen Krise herauszukommen. In der Aktionärsversammlung der Siemens- & Halske-WG. hat Siemens unlängst ganz klar als Unternehmerprogramm bekanntgegeben, „daß eine erhebliche Verminderung der Produktionskosten eintreten müsse, und zwar in einem Ausmaße, an das heute noch keiner denke“. Und Oppenheimer, der Syndikus des Verbandes Berliner Metallindustrieller, erklärte vor einigen Tagen gnädig: „Die Kriegsgeld habe bewiesen, daß Einschränkungen, die man vorher auch für unerträglich hielt, sehr gut überstanden werden können.“

Geheime Verhandlungen

Die deutsche Kapitalistenklasse schickt nunmehr ihren stärksten Stoßtrupp vor, um dieses brutale Unternehmerprogramm durchzuführen. Die Arbeitgebergruppe Nordwest der Schwerindustrie verhandelt seit Wochen mit den tarifbeteiligten Gewerkschaften, um auf der Grundlage eines sofortigen erheblichen Lohnabbaus zu einer gemeinsamen freiwilligen Vereinbarung (!) zu kommen; sie unterstützt diese Forderungen mit der Drohung, andernfalls sofort zehntausende Metallarbeiter zu entlassen, so wie sie es im Fall der Hütte Ruhrort-Weiderich begonnen hat.

Ueber die Durchführung dieses Planes gehen nun die Geheimverhandlungen sowohl in Berlin wie im Ruhrgebiet. Die SPD- und ADGB-Presse schmeißt über deren Inhalt. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Panzerkreuzer sozialisten, wie im Falle Metall Berlin und Bergbau Ruhrgebiet, mit Regierung und Unternehmertum bereits einig sind und nur noch die Methoden und die Taktik suchen, wie man die Arbeiterklasse überrumpeln kann. Die Existenz und die Streikbereitschaft der KPD ist das einzige Hindernis, das die reformistischen und christlichen Gewerkschaften zwingt, einige Täuschungsmanöver durchzuführen.

Was ist das Ziel des Unternehmerangriffs?

Liquidierung der Akkordlohnföderung

Mit Hilfe des Deynhäuserer Schiedspruchs im Mai 1930 wurde die Bestimmung aus der Akkordklausel im Manteltarif gestrichen, wonach durch geregelte Akkorde nicht verändert werden konnten; damit gaben die Nordwestindustriellen das Signal zur Senkung der übertriebenen Akkordbehaltsätze für ganz Deutschland. Nunmehr verlangen sie die Streichung des letzten Restes dieser verächtlichen „Severing-Klausel“, nach der Akkordlohn bisher mindestens 15 Prozent über den tariflich festgesetzten Grundlohn liegen mußte. Fällt diese Akkordföderung, dann werden die Unternehmer auch in allen anderen Industrien die Akkordlöhne sogar unter die tariflichen Mindestlöhne herunterdrücken können.

Raub des Urlaubs und der Kinderzulagen

Es gibt keine Position des Manteltarifs, die die Nordwestindustriellen nicht radikal verändern bzw. ganz beseitigen wollen. Sie erklären gnädig, daß ein Urlaub nicht mehr notwendig sei, „da die Metallarbeiter genügend Freizeit hätten“. Sie verlangen vollständig die Streichung der sozialen Zulagen für Kinderreiche. Ebenso wollen sie die weitere Bezahlung von Überstunden, von Sonntags- und Feiertagsarbeit usw. abschaffen. Weiter soll der 60prozentige Lohnausgleich wegfallen, den die Metallarbeiter von Nordwest bei der großen Kürzung ihrer Arbeitszeit im Jahre 1927 erhielten und bisher bezahlt bekamen.

Das „Ruhrrecho“ hat ausgerechnet, daß z. B. ein vollbeschäftigter Schlosser allein an Urlaub, sozialen Zulagen und Überstundenzulagen (da die Arbeitszeit zum Teil noch über 48 Stunden liegt) etwa 380 Mark im Jahre gestohlen bekäme. Insgesamt würde ein qualifizierter Drahtwalzer durch Urlaubsstreichung 134,40 Mark, durch Wegfall der sozialen Zulagen 207,36 Mark, durch Streichung der Akkordföderung 658,88 Mark und durch Verlust des bisherigen Lohnausgleichs 414,72 Mark, zusammen 1415,36 Mark einbüßen. Das wären bei voller Beschäftigung 40 Prozent seines Jahreslohns.

Aufhebung des laufenden Lohntarifs

Die Unternehmer wollen aufs Ganze gehen: Sie verlangen außerdem zum Zwecke weiteren Lohnabbaus die sofortige Liquidierung des Lohnparafs, der regulär erst am 1. September abläuft. Die Regierung Brüning soll eine neue Artikel-48-Bestimmung erlassen, wenn die SPD-Führer nicht rasch genug die freiwillige Vereinbarung abschließen.

Stegerwald hat im Reichstag eifertig erklärt, daß er gewisse „Inflationsercheinungen“ beseitigen wolle, die es im Tarifwesen gäbe. Die Unternehmer interpretieren das sofort als Tarifskematismus, politischen Lohn, schädliche Lohnstarre und andere Entartungen des Tarifrechts. („Kölnische Zeitung“) Sie meinen damit sowohl alle Ertragskürzungen, die sich die Arbeiterklasse seit der Novemberrevolution 1918 erkämpft hat, wie z. B. auch die erst mit 6 Prozent abgebauten Bergarbeiterlöhne und die mit 4 1/2 Prozent abgebauten Hüttenarbeiterlöhne, die auf Grund der „politischen Zwangslage“ (Stegerwald), d. h. auf Grund der von der KPD. geführten Streiks nicht tiefer gesenkt werden konnten.

Niemals bisher ist es so trag zum Ausdruck gekommen, daß die gesamte Tarif- und Schlichtungssystem ein

Instrument des Unternehmertums ist. Die Kapitalisten fordern in ihrer Presse ihre Geschäftsführer in der Brüning-Regierung mit gnädiger Offenheit auf, den Schwindel des Tarifrechts preiszugeben und das bestehende Tarif„recht“ einfach zu ändern. („Bergwerks-Zeitung.“)

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich — die Basis des Arbeitsgemeinschaftspaktes

Die Sozialdemokratie führt mit ihrer Fünftageswoche bzw. 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich ein ungeheuerliches Betrugsmanöver an der Arbeiterschaft durch. Wie sie früher ihre arbeitgeberfeindliche Politik mit der Verherrlichung der Rationalisierung oder mit der Vertröstung auf den sagenhaften Preisabbau begründete, so will sie jetzt ihre Handlangerrolle zur Rettung der kapitalistischen Wirtschaft verdecken durch den niederträchtigen Mißbrauch des edlen Solidaritätsgedankens der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen.

Leider fallen, auf Grund unserer mangelnden Aufklärungsarbeit, heute noch viele Arbeiter auf diesen Schwindel herein. Selbst Stegerwald mußte im Reichstag zugeben, daß zur Zeit durchschnittlich in Deutschland nur 5 1/2 Tage in der Woche gearbeitet wird. In vielen Industrien sind es noch weniger Tage pro Woche. Bei der Krise des kapitalistischen Systems ist also an eine nennenswerte Einstellung von Erwerbslosen nicht zu denken. Wer anders behauptet, belügt die Arbeiter.

Die Berliner Metallarbeiter sollen sich daran erinnern, wie man ihnen im Schiedspruch den achtprozentigen Lohnraub durch die Vertröstung auf den Preisabbau und auf Neueinstellungen schmachtlich machen wollte. Man hat sie frech belogen. Stegerwald sagte im Reichstag, daß er

„nicht glaubt, daß eine schematische Arbeitszeitverkürzung in der komplizierten deutschen Wirtschaft viel erreichen und daß man ohne Mehrproduktion (!) den Lebensstandard des deutschen Volkes nicht aufrechterhalten (!) kann.“

Was profitieren die Unternehmer von der Arbeitsstreckung?

Warum aber machen dann die Nordwestkapitalisten ebenfalls eine solche Demagogie und erklären, daß sie „mit der gleichen Lohnsumme mehr Arbeiter beschäftigen wollen“? Weil sie die ersten Angst vor der Revolutionierung des Arbeitslosenheeres haben, weil sie Illusionen, Verwirrung in die Arbeitslosenmassen hineintragen und sie gegen die Beschäftigten ausspielen möchten. Zweitens weil sie unter dem Deckmantel des Versprechens einer Arbeitszeitsenkung zugunsten der Erwerbslosen am besten ihren Plan der 30- bis 40prozentigen Senkung des Lohnniveaus durchführen könnten. Hier ist die Gemeinheit der reformistischen Feilscherrolle.

Wo eine Arbeitsstreckung bisher durchgeführt wurde, hat sie sich als Raub und Betrug erwiesen. Davon wissen die Leuna-Arbeiter ein Lied zu singen. In den Berliner Gaswerken sollten auf Grund einer die übrigen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich 500 Erwerbslose eingestellt werden. Nicht mehr als 50 Mann bekamen Arbeit, aber die Aktionäre machen durch dieses Schwindelmanöver ein monatliches Extragehäst von 2000 Mark an den geraubten Löhnen. Die Proleten der Harburger Delwerke,

wo das reformistische Rezept vor Monaten zuerst ausprobiert wurde, haben nicht unisono in der vorigen Woche den Sozialdemokraten einen Tritt gegeben und die Mehrheit ihrer Stimmen der KPD-Wirte gegeben.

Die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich bedeutet aber nicht nur direkten Lohnraub; in der verkürzten Arbeitszeit muß dieselbe Leistung vollbracht werden. Das gibt den Unternehmern die Möglichkeit, die Akkordhöhe weiter abzubauen, d. h. auch mit dieser Methode der Arbeitsstreckung das Lohnniveau immer tiefer zu senken. Das „Heilmittel“ des ADGB entpuppt sich also als ein frecher doppelter Betrug sowohl an den Betriebsarbeitern wie an den Erwerbslosen.

Die ganze Klasse bedroht

Die KPD. an Rhein und Ruhr hat den Alarm in alle Betriebe geworfen und zum Einsatz aller Kräfte, zur Organisation des Streiks gegen den geplanten gemeinen Lohnraubpakt der vereinigten Kapitalisten und sozialdemokratischen Führer aufgerufen. Mit klüher Entschlossenheit gehen die Metallarbeiter des Ruhrgebietes dazu über, im Feuer des Kampfes ihren roten Metallarbeiterverband zu schaffen.

Die Arbeiter des ganzen Reiches müssen erkennen, daß der geplante Schlag der Nordwestkapitalisten die ganze Klasse bedroht. Deshalb muß unter Führung der KPD. die Kampffront im ganzen Reich organisiert werden unter den Forderungen und Losungen:

Gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

Für die Wiederherstellung des alten Lohnes, wo dieser abgebaut bzw. durch Arbeitsverkürzung ohne Lohnausgleich gesenkt wurde!

Für den Siebenstundentag und die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Gegen die Fünftageswoche ohne Lohnausgleich der Kapitalisten und Reformisten!

Arbeit und Brot für die Erwerbslosen!

Gegen die Lohnraub- und Streikbruchpolitik des sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsapparates und der nationalsozialistischen Unternehmernachte!

Gegen das bestehende kapitalistische Tarif„recht“, das dem Lohnraub Tür und Tor öffnet und die Arbeiter noch mehr entrechtet, gegen die Schlichtungsdictatur, gegen die Hunger- und Unterdrückungspolitik der Severing- und Brüning-Regierung!

Für die kämpfende Einheitsfront aller Arbeiter und Angestellten unter Führung der KPD., für Brot, Arbeit und Freiheit!

★

Im Nordwestkampf 1928 begann die Entwicklung der KPD. zur selbständigen gewerkschaftlichen Kampforganisation. Nach den Streiks in Metall Berlin, im Bergbau, in den Häfen, wo überall rote Verbände entstanden, wird der neue Kampf der KPD. in Nordwest, wenn er zur Aufrüttelung und Streikmobilisierung in allen Industrien führt, einen entscheidenden Schritt zur Entwicklung der KPD. zur roten Gewerkschaftsorganisationen bedeuten und zur Gründung roter Verbände in allen Industrien Deutschlands führen.

Je brutaler der Unternehmerangriff einsetzt, je tiefer der Verrat der Reformisten den Massen klar wird, desto energischer und leidenschaftlicher wird der Sturmplan der KPD. erfüllt werden.

Franz Dahlem.

Wegen Kampf gegen Lohnraub verboten

Eine tolle „Begründung“ der Münchener Polizeidirektion zum Verbot der „Neuen Zeitung“

München, 16. März. Wir melden bereits kurz das Verbot unseres Münchener Brudersblattes, der „Neuen Zeitung“, auf drei Wochen. Die Verbotsbegründung ist wohl das Tollste, was sich bisher eine Polizeibehörde geleistet hat. Die Begründung stellt ausdrücklich fest, was wir schon behauptet haben, daß die Stellungnahme der kommunistischen Presse zum Lohnraub und ihre Aufforderung zum Kampf zum Verbot führten. Die Polizeidirektion beruft sich auf die zum Kampf der 40 000 bayerischen Metallarbeiter geschriebenen Artikel und fährt dann fort:

„In diesen Ausführungen wird zum Massenstreik (!) und zur Umwandlung der Wirtschaftskämpfe in politische Machtkämpfe auf der Kampfbasis des revolutionären Programms der KPD. (!) aufgerufen und als Endziel dieses unter politischen Lösungen geführten Kampfes die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung propagiert. Damit werden die gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe von der „Neuen Zeitung“ nicht nur als Wirtschaftskämpfe geführt, sondern als „Korpoitengefächte für nationale und soziale Befreiung Deutschlands, für die Umwandlung des kapitalistischen Deutschlands in ein Sowjetdeutschland, in ein sozialistisches Land der Diktatur des Proletariats“, wie es

die Richtlinien der Kommunistischen Partei auf Seite 120 der Zeitschrift „Die Internationale“ (!) Heft 3 vom Januar 1931 vorsehen.

Daß die „Neue Zeitung“ bewußt im Sinne dieser Richtlinien den Kampf führt, erhellt klar und eindeutig aus der Tatsache, daß sie in der Nummer 48 vom 12. März 1931 in längerem Ausführungen auf die Bedeutung der „Internationalen“, der Zeitschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, hinweist und alle Funktionäre, alle neugewonnenen Genossen, sympathisierenden Arbeiter und alle Werttätigen zur Vertikung dieser Zeitschrift auffordert, die „in dem gewaltigen historischen Kampf des Proletariats für die Befreiung des Weg zum Ziel weist.“

„Die Aufforderungen der „Neuen Zeitung“ zum politischen Massenkampf unter den politischen Losungen der KPD. erfüllen daher den Tatbestand des § 86 RStGB.“

In dieser Begründung erkennt auch der Kaiser, daß sie direkt an den Haaren herbeigezogen ist, denn sie beruft sich auf Artikel, die in einer ganz anderen Zeitschrift erschienen sind. (Außerdem ist die „Internationale“ nicht die Zeitschrift der Exekutive der KJ.) Dieses Verbot beweist schlagend, daß die kommunistische Presse die wirkliche Führerin der kämpfenden Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum und das kapitalistische System ist.

101 Millionen Dollar Defizit in China

In dem Bericht des chinesischen Finanzministers über das am 18. Juni 1930 beendete Haushaltsjahr heißt es, daß das Defizit des genannten Jahres 101 Millionen Dollar betrug und daß das Defizit in diesem Jahre noch größer sein werde. Das Defizit ist durch die hohen Kriegsausgaben entstanden.

Die Volkszählung in Indien im Februar hat ergeben: Die Gesamtbevölkerung Indiens hat sich in den letzten zehn Jahren stark vermehrt. Sie beträgt zur Zeit etwa 351,5 Millionen, gegenüber 319 Millionen im Jahre 1921.

Terrorzahlen sprechen:

In 14 Monaten, von 1930 bis 1. März 1931 wurden:

- 181 Arbeiter ermordet von Polizei und Nazis,
- 6300 Arbeiter in den Kämpfen verletzt (viele schwer),
- 12 000 Arbeiter vor die Klassenjustiz geschleppt
- 2100 politische Gefangene sitzen hinter den Kerkermauern,
- 23 500 Polizeiberührte wurden gegen die Arbeiter verübt.

Sammelt am 18. März für den Mordabwehrfonds der Roten Hilfe!

★

Der 18. März, der Gedenktag der Pariser Kommune, ist der Tag der Mobilisierung der Massen im Kampf gegen die weißen und sozialdemokratischen Gallifets. — Werbt neue Mitglieder für die „Rote Hilfe“

Waldenburger Bergland

Das Arbeitsgericht im Dienst des Grubenkapitals!

Die Maßregelung des Genossen Beder vor dem Arbeitsgericht

Aufforderung die Schächte streikfertig zu machen verstößt gegen die guten Sitten

Im politischen Teil berichten wir bereits kurz über die Verhandlung gegen unseren Genossen Beder. Das Arbeitsgericht hat die Klage des Genossen Beder abgewiesen. Das Urteil kommt nicht überraschend. Das Arbeitsgericht hat damit nur die Erwartung unseres Genossen bestätigt, daß es den Beweis dafür liefern wird, im Dienste des Grubenkapitals zu stehen. Dieser Beweis ist um so wertvoller, weil es sich um einen sehr klaren und auch „juristisch“ einfachen Tatbestand handelt.

In der Klagebegründung war mit gutem Recht darauf hingewiesen worden, daß sowohl nach der „berühmten“ Weimarer Verfassung, als auch nach den Bestimmungen des verhandelten Betriebsrätegesetzes jedem Betriebsrat das Recht zusteht, sich gewerkschaftlich und politisch zu betätigen. Das und nicht ein Jota mehr hatte der Genosse Beder getan. Würde das Arbeitsgericht eine Institution, als die sie bei der Schaffung insbesondere von der SPD. gefeiert worden war, und als die sie immer noch von den Arbeitern betrachtet wird, dann hätte die Entscheidung unter allen Umständen zugunsten Beders erfolgen müssen. Aber weil dem nicht so ist, und auch das Arbeitsgericht, wie die Kommunisten bei der Schaffung dieser Gerichte schon vorhergesehen hatten, nur ein Werkzeug der herrschenden Klasse ist, beschloß es auf die Begründung Beders und machte sich die „Begründung“ des Auftrages des Grubenkapitals zu eigen, die, wie im politischen Teil wiederholt.

Daß das Gericht sich mit dieser Entscheidung vor aller Welt ganz offen als Einrichtung zum Schutze der Grubenbarone demaskiert hat, geht auch daraus hervor, daß es drei Tage gebraucht hat, um durch eine „Begründung“ des Urteils die vorerwähnte Tatsache zum mindesten zu verschleiern. Es war wie bereits angedeutet, wirklich keine kontroversielle Rechtsfrage, die zur Entscheidung stand. Einfach und klar, nicht bloß für alle Bergarbeiter, sondern selbst für Kurierverständnis, lag der Tatbestand zur Beurteilung vor. Es ging ausschließlich darum, zu entscheiden,

ob es den Grubenarbeitern noch genau so erlaubt ist, sich gegen Lohnraub, das heißt gegen den Hunger zu wehren, das heißt in diesem Falle zu streiken, wie es den Grubenbaronen noch freisteht, die Schächte abzubauen und weiteren Hunger über die Arbeiter zu verhängen.

Noch besteht das Recht zur Koalition. Dieses Recht schließt den Streik als Selbstverständlichkeit ein. Wer das Verbot für einen Streik verbietet, verbietet die Koalition, verbietet das Organisieren überhaupt, denn eine Organisation ohne Streikrecht ist keine Organisation mehr. So bedeutet das Urteil faktisch die Aufhebung des Koalitionsrechts. Diese Tatsache wird auch dadurch in ihrer Bedeutung nicht abgeschwächt, wenn man den Einwand dagegen geltend macht, daß das Betriebsrätegesetz schon in seinem einleitenden Paragraphen die Betriebsräte „zur Wahrnehmung auch der Unternehmerinteressen verpflichtet“. Diese Tatsache war auch dem Gericht sehr wohl bewußt, und es brauchte daher drei Tage dafür, um die Begründung für seine völlige Demaskierung als Werkzeug der Grubenbarone zu liefern. Da diese Begründung von grundsätzlicher Bedeutung ist und durch sie auch das unterstrichen wird, was wir oben darüber gesagt haben, werden wir dieselbe noch in einem weiteren Artikel bringen.

Lehmwasser SPD.-Gemeindevorsteher und Wohnungsnot

Man schreibt uns: Ein Arbeitsloser, der eine vierköpfige Familie zu ernähren hat, wohnt in dem Hause des SPD.-Gemeindevorstehers Siebeneichner. Dieser Herr verfügt zwar über eine ausreichende Wohnung, aber es gelistet ihn nach einer Vergrößerung. Man kann schließlich nichts dagegen haben, wenn es einem Sozialdemokraten noch so gut geht, daß er in einer Zeit, wo selbst viele seiner eigenen Arbeitergenossen keine Wohnung haben, selber keine ausreichende noch erweitern kann. Aber etwas anderes ist es schon wie dies geschieht. Ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher ist immerhin verpflichtet, nicht ganz zu vergessen, daß er einer Partei angehört, die doch immer noch eine Arbeiterpartei sein will. Daran aber denkt Herr Siebeneichner nicht. Er hat dem armen Arbeitslosen die Wohnung gekündigt, und als dieser nicht sofort darauf reagierte, ihm ein „ach mitgeteilt“. Wenn er bis zum 1. April die Wohnung nicht geräumt habe, er andere Maßnahmen gegen ihn ergreifen würde.“ Das kann natürlich nichts anderes bedeuten, als daß er ihn dann gemaßtamt herauswerfen lassen wird. Um die Gemeinheit, die sich hinter dieser Anknüpfung verbirgt, etwas abzumildern, bietet er dem Gemeindevorsteher eine Neubauwohnung an. Er weiß, daß der Arbeitslose diese nicht beziehen kann wegen der hohen Miete, und wenn er etwa bei der Gemeinde um einen Wohnungszuschuß einklämt, Siebeneichner mit seiner Fraktion selbstverständlich einen solchen Zuschuß ablehnen würde. Das Verhalten dieses Sozialdemokraten verdient daher vor aller Öffentlichkeit angeprangert zu werden, damit die Arbeiterklasse von Lehmwasser erfährt, wie ein Sozialdemokrat zur Wohnungsnot seiner Klassen Genossen streicht.

Schweidnitz Der SPD.-Magistratsrat Tesche treibt sein Unwesen weiter

Jobten am Berge. Wir haben uns schon wiederholt mit dem hier am Orte wirkenden SPD.-Mann Tesche beschäftigen müssen. Sein arbeiterfeindliches Verhalten hat bereits Formen angenommen, die sein weiteres Verbleiben im Amt als Provokation der Arbeiterklasse erscheinen läßt. Eine Versammlung, die von 300 Werttägigen besucht war, die sich mit diesem Treiben beschäftigte, hat auch eine Entschließung angenommen, die von der vorgesetzten Behörde die Entfernung Tesches fordert. Aber infolge seines arbeiterfeindlichen Wirkens wird er gehalten, weil er damit ja die Geschäfte der Bourgeoisie befördert. Deshalb steigert er auch seine Hege gegen die Arbeiter, vor allen Dingen gegen jene, von denen er weiß, daß sie Kommunisten sind oder mit der SPD. sympathisieren.

In letzter Zeit hat er sich den Genossen Schwarz aufs Korn genommen. Er hat es durch entsprechende Berichte an die Behörde veranlaßt, daß ihm die ohnehin lange Unterstützung gekürzt wurde und außerdem verfügt, daß Schwarz, der Schausteller ist, mit seinem Wohnwagen sich außerhalb der Stadt begeben mußte. Aus diesen Schikanen spricht so recht der Haß Tesches gegen die revolutionären Arbeiter. Dieser Haß aber muß ein Anlaß für alle Arbeiter sein,

den Kampf gegen ihn verschärft weiterzuführen, bis es gelungen ist, seinem Treiben ein Ende zu bereiten.

Achtung, Märzgefallenen-Feier!

Am Freitag, dem 20. März, findet unsere Märzfeier in der „Stadt Breslau“ statt. Im Programm wirken die „Roten Sender“ mit. Der Beginn ist auf 19.30 Uhr festgesetzt. Eintrittskarten sind bei allen Funktionären und im Büro zu haben.

An die Textilproleten von Landeshut!

Heraus zum Protest gegen Kuhhandel und Mischmaschlisten — für die Aufstellung roter Listen

Wir haben in letzter Zeit wiederholt über die Verhältnisse unter den hiesigen Textilproleten berichtet. Immer kümmerlicher wird ihre Lage. Immer drohender steigt das Hungergepenk vor ihnen auf. Die Bürokraten in den drei faschistischen Verbänden aber rüsten zum Verrat. Anstatt den Kampf vorzubereiten, und zu diesem Zwecke die Funktionäre und Mitglieder zu mobilisieren durch Mitgliederversammlungen, werden Jubiläumsfestlichkeiten mit Vollstänzen veranstaltet. Bei der Aufstellung der Betriebsratslisten wurden die Mitglieder nicht befragt. Im engsten Kreise von gewählten Funktionären mit Angestellten und Postenärkern wurden die Listen festgelegt. Bei Kintzel, Weberel und Spinnerei, bei Damburger, ja sogar bei Methner verzichteten die verschiedenen

Organisationen auf eigene Listen und stellten Mischmaschlisten auf unter der Firmierung „Schwarz-rot-Gold“, aus purer Angst vor der Gewerkschaftsopposition, welche in den Betrieben von Methner und Kintzel eigene Listen aufgestellt hat.

War es im vorigen Jahre Lehmann bei Kintzel, der mit Drohungen des Hinmarmars aus dem Betrieb und der Gewerkschaft das Zustandekommen einer eigenen Liste verhindern wollte, ist es diesmal der seinem Ausschluß zumorgelommene Ex-„Genosse“ Wittig, welcher die Kündigung unserer Kandidaten forderte. Die Arbeiterklasse aber wird sich diese Knebelung durch die Gewerkschaftsbürokraten und ihre Handlanger in den Betrieben nicht gefallen lassen. Ihre ist der Verrat von 1929 noch im Gedächtnis. Sie weiß, daß es inzwischen nicht anders um die Gewinnung der Vertreter geworden ist, sondern nur noch schlimmer. Sie hat erlitten, daß ihre Interessen ansatzlos von der revolutionären Gewerkschaftsopposition vertreten werden, die alles aufbietet, um die gesamte Arbeiterklasse um die Fahne der KPD. zum Kampfe zu sammeln. Sie wird daher auch vor der gesamten Öffentlichkeit die Betriebsratswahl besprechen. Zu diesem Zwecke findet am 18. März im „Schiefhaus“ eine öffentliche Versammlung statt, in der Landtagsabgeordneter Genosse Kollmeier sprechen wird. Wenn die Gewerkschaftsbürokraten glauben, im Interesse aller Textiler zu handeln, dann werden sie hoffentlich den Mut aufbringen, in der Versammlung zu erscheinen. Freie Rede wird ihnen garantiert. An die Arbeiter aber ergoht der Ruf, für einen Massenbesuch Sorge zu tragen. Auch die Gewerkschaftstendenzen sind für diese Versammlung zu mobilisieren.

Niederschlesien

Görlitz

Heraus zur öffentlichen Jugendversammlung!

Am 18. März, 20 Uhr, findet im Restaurant „Zur Altstadt“ eine öffentliche Jugendversammlung statt. Thema: „Arbeit und Kampf mit den Faschisten.“ Um 18.30 Uhr Demonstration vom Nikolaiplatz.

Berichterstattung vom Kampfkongress in Breslau

Am Freitag, dem 20. März, 15 Uhr, findet im Lokal „Zur Altstadt“ eine öffentliche Erwerbslosenversammlung statt, in welcher einer der hiesigen Delegierten zum Kampfkongress gegen den Faschismus Bericht erstatten wird. Die Versammlung muß zu einem weiteren Vormarsch der Bewegung gegen die braune Morde die erforderlichen Maßnahmen treffen, deshalb muß für einen zahlreichen Besuch gesorgt werden.

Liegnitz

Wetterwirtschaft bei der SPD.

Wie in allen Dingen, ist auch im Buchdruckgewerbe die Erwerbslosigkeit sehr groß. So sind hier in Liegnitz über 30 Schriftsetzer arbeitslos. Nun wurde bei der „Volkzeitung“ eine Stelle frei, und man hätte erwarten dürfen, daß sich das SPD.-Blatt beileben würde, einen Setzer aus den Reihen der hiesigen Erwerbslosen Setzer zu holen. Statt dessen wurde aus Frankfurt a. M. einer hergeholt, wahrscheinlich, weil bei der „Volkzeitung“ bei der Besetzung freierwerdender Stellen die Wetterwirtschaft nicht ausgegattet werden darf, was die Kulis der „Volkzeitung“ aber nicht abhalten wird, gegen die angebliche Wirtschaft bei der kommunistischen Presse zu schwärzeln.

Glogau

Wohlfahrtsamt und SPD.

L. P. Wie uns von verschiedenen Seiten berichtet wird, läßt die SPD. auch auf dem Wohlfahrtsamt ihren Haß gegen die Erwerbslosen auswirken. Wiederholt wurden eingereichte Anträge abgelehnt, weil man in den Antragstellern Kommunisten vermutete oder doch annahm, daß der Antrag von Kommunisten geschrieben worden sei, was natürlich in den Augen der SPD. genau so ein „Verbrechen“ ist. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die Proleten zu den Gewerkschaftsböngern kein Zutreten mehr haben, sie gehen zu den Organisationen, die ihnen die Gewähr bieten, daß man sie nicht verrät, und das sind die „Genossen“, die hier drohend vor ihr aufsteigt, nämlich das Wachsen des Vertrauens in die KPD., und um das zu unterbinden, glauben die Herrschaften, dort, wo sie Einfluß haben, Arbeiter, die mit der KPD. sympathisieren, durch Ablehnung von Unterhaltungen zu schädigen, um dadurch den Vormarsch der KPD. zu hemmen. Aber die Herren irren, wenn sie glauben, mit solchen Mitteln das Vertrauen der Arbeiter zu unterbinden zu können. Das Gegenteil wird eintreten, die Arbeiter werden sich nun erst recht um die KPD. scharen, weil sie auch in dem von der SPD.-Partei auf dem Wohlfahrtsamt gehaltenen Verfassungen dieselbe Herrschaftspolitik erblicken, die die SPD. im allgemeinen betreibt.

50 PACKUNG

KURMARK CIGARETTEN

Die sechs größten Städte der Welt fassen mindestens je 60000 Besucher.

Organisch ist das Bild dieser Menschenmauern.

Und doch würde in diesen Städten nur ein verschwindend kleiner Teil Platz finden, wenn sich vereinigen würden die begeisterten Raucher einer Tagesproduktion der KURMARK CIGARETTEN.

Alle sammeln jetzt die Kurmark-Sportwappen Fußball.

Stadttheater Schweidnitz. Dienstag, den 17. März, um 20 Uhr. Schreiner für den ersten Fieschauer Walter Jersch: „Mann kommt du wieder?“, Lustspiel von W. S. Maugham. — Freitag um 20 Uhr. Schreiner für den ersten Kapellmeister Karl Krüger in der Schreiner Operette „Eva“ (Das Jubiläum). — Sonntag findet um eine Aufführung statt: Um 19.30 Uhr „Eva“ (Das Jubiläum).

Freiburg

Wer nicht zu sitzen braucht

Wie erinnerlich, wurde die Bankrotstochter Marianne Walbmann aus Freiburg wegen Depotvergehens, Raubverbrechen und Unterdrückung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Sie ist nunmehr wegen guter Führung aus der Haft entlassen worden und hat Stellung als Hausgehilfin in einer größeren schlesischen Anstalt übernommen.

Landeshut

Nazi probiert an seiner Frau den Faschismus aus

Wie die moralische Beschaffenheit der Nazifänger zu bewerten ist, zeigt der Fall des von den Sozialdemokraten zu den Nazis übergelaufenen Schlossers Wierschke, welcher seine Ehefrau mit dem Koppel detart schlug, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Dieser Jünger des Dritten Reiches trainiert an seiner Ehefrau, um dann nach Vertilgung der nötigen flüssigen geistigen Kraft den Arbeitern die Segnungen Mussolinischer Politik beizubringen.

Sturm gegen die Faschisten und ihre Zuhälter

Die Hamburger Meuchelmörder vor dem Reichstag

Berlin, den 16. März. (Eigener Bericht.) Man staunt, woher die Sozialfaschisten noch den Mut nehmen, wie sie es am Montag im Reichstag taten, als sie einen Antrag einbrachten, der von der Regierung verlangt, daß sie ein neues Gesetz schaffe zur Bekämpfung des politischen Mordes. Ausgerechnet die Brüning-Diktatur soll ein solches Gesetz vorlegen. Der Volkskonsolidator Dr. Wirth und seine Stahlhelmkumpen Treviranus und Schiele! Kein Wunder, daß diesem sozialdemokratischen Antrag die Hitlerischen Koalitionsfreunde von der Schwerindustriellen Volkspartei, Graf Westarp, Rumm und Konforten zustimmten.

Aber die kommunistischen Anträge auf Aufhebung des NSD.-Verbot und Aufhebung der Demonstrierungsverbote lehnte die sozialdemokratische Volkskonsolidatorfraktion ab und fand sich auch da in Einheitsfront mit all den vorgenannten Parteien. Der Sozialfaschist Salzmann begründete das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, indem er erklärte:

„Man kann doch von uns nicht verlangen, daß wir ein Verbot ausheben, das eine feindsinnige Organisation betreffen hat.“

Da liegt des Pudels Kern! Die Nazibanden, das sind die treuen Kettenbrüder der kapitalistischen Gesellschaft. Darum bewilligt man ihnen Millionenunterschied für Polizei in Thüringen und Braunschweig. Mit jeder der Empörung gegen die Faschistenmeute verband Genosse Lohagen in seiner Rede die Anklage gegen die Brüning-Diktatur und den Sozialfaschismus. Als Genosse Lohagen mit erhabener Stimme ausrief:

„Herr Wirth, Sie haben durch ihre letzte Antifaschistenhege den Mord an der revolutionären Arbeiterklasse legalisiert“

Er legt toter, minutenlanger Beifall der kommunistischen Fraktion ein. Vizepräsident Eiser springt auf, wird zornrot, stolzt einen Ordnungsruf. Aber die Beifallsdemonstrationen der Kommunisten dauern minutenlang fort. Es folgt Schlag auf Schlag gegen die sozialdemokratischen Zuhälter des Faschismus. Als Genosse Lohagen die Rolle der Nozle, Urgesinnl. Börgel und Eberling charakterisiert, springt Vizepräsident Eiser erneut auf. Er hegelt Ordnungsrufe, schließlich wird dem Genossen Lohagen das Wort entzogen. Genosse Lohagen aber spricht weiter. Die Volkskonsolidatorfraktion brüsst Schluß, die Sozialdemokraten fliehen, die Kommunisten drängen um das Rednerpult. Die Sitzung ist aufgelassen. Genosse Lohagen spricht die entscheidenden Sätze:

„101 Arbeiter sind in wenigen Monaten von seinen Hitler-Banden ermordet worden. Die Waisen, mit denen sie Arbeiter erschossen oder erschossen, sie sind ihnen in die Hand gedrückt worden. Nicht nur durch das herrschende Finanzkapital, sondern auch durch sozialfaschistische Polizeipräsidenten. Der Hamburger Mord ist eine entscheidende Lehre für alle sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter. Wollen sie sich wehrlos abschlagen lassen? Nein, die Stunde der Abrechnung naht! (Lebhafte Beifall und Gendeklären bei den Kommunisten.) Jetzt steht der wehrhafte Kampf gegen den Faschismus auf der Tagesordnung. Schafft endlich die breite Einheitsfront gegen den Faschismus, gegen die Brüning-Diktatur, gegen den Sozialfaschismus! Macht es wie

die russischen Arbeiter! In der Sowjetunion gibt es keinen Faschismus mehr. Mit dem Sozialfaschismus ist auch dort der Nationalfaschismus liquidiert worden. (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten.) Dieser Kampf steht jetzt vor uns. Kampf gegen die braune Mordpech, gegen die Brüning-Diktatur des Hungers und des Terrors, gegen die Preußenkoalition, gegen das ganze kapitalistische System der Barbarei, für ein Sowjetdeutschland! (Minutenlanger Beifall.)

Die Kommunisten erheben sich von ihren Plätzen und rufen erschallend die Internationale durch die „heiligen Räume“ des Reichstages. Und denn ertönt ein dreifach kräftiges Rot Front auf den verbotenen, aber lebenden Roten Frontkämpferbund.

Schlotternde Angst der DVB-Bonzen vor der NSD. bei den Landproleten

Unsere Mobilisierung der Landproleten gegen das Junkertum und ihre Lakaien im DVB hat im Lager der Letzteren wie eine Bombe eingeschlagen. Der Zentralvorstand erläßt ein „Warnungs“-Signal, das auch auszugsweltig in der SPD-Presse Schließens und Oberst oftens abgedruckt wird. Dieser Angstschrei, denn um einen solchen handelt es sich, ist verständlich. Die NSD. hat im Reich bei dieser Mobilisierung bereits sehr beachtenswerte Erfolge zu verzeichnen. In Ostpreußen haben unter Führung der NSD. die Landproleten bereits Junkerfraktionen auf die Knie gezwungen. In diesem reaktionären Winkel und auch in Berlin-Brandenburg ist bereits unter jubelnder Zustimmung von Tausenden von Landproleten der „Rote Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter“ gegründet worden. Das wird auch in Schlesien und in Oberschlesien der Fall sein. Deshalb muß vorgeschaut werden, und darum dieses Signal. Aber es wird ungehört verhallen, nicht bloß weil es sehr dumm abgefaßt ist, wie wir noch nachweisen werden, sondern vor allen Dingen deshalb, weil das Konto des Verfalls der Gewerkschaftsbürokratie beim DVB. noch viel mehr belastet ist wie bei allen anderen Verbänden.

Sieht doch an der Spitze der „berühmte“ Herr Georg Schmidt, der schon in den Novembertagen 1918 als erster auf den Plan trat, um den Junkern zu versichern, daß sie ihre Ausbeutung der Landarbeiter nicht zu ändern brauchen. Getreu dieses Versprechens hat die Bürokratie bis auf den heutigen Tag gearbeitet. Ein Bild in die vom DVB. abgeschlossenen Tarifverträge genügt, um zu zeigen, daß die Peitsche der Junker heute noch genau so auf den Rücken der Landproleten tanzt wie vor 1914. Es genügt hier, daran zu erinnern, daß z. B. auch in dem für Schlesien geltenden Tarifvertrag der Landarbeiter gleichzeitig seine Frau der Ausbeutung durch die Agrarier anliefern muß. In Mecklenburg gilt das unseres Wissens sogar auch für die Kinder!

Wenn durch dieses „Signal“ die Landarbeiter an die Erfahrungen bei den Metallarbeitern verweisen werden, dann ist das

in der Tat direkt dumm, denn die Arbeiterklasse kann sich gar nichts Besseres wünschen, als daß alle Landarbeiter diese Mahnung recht eingehend beherzigen möchten. Hat nicht die Metallarbeiter-Gründungsgerade bei den Metallarbeitern in Berlin eine Melioration im Verbot mitgebracht? Nach dem großen Vorbild Oberst hat sie sich bekanntlich an die Spitze der Metallproleten gestellt, den Streik „geführt“, um ihn dann um so leichter abzumildern. Gerade diese Tatsache war es, die die Gründung des Roten Metallarbeiterverbands von Anfang an so erfolgreich machte.

Erfahrungen sind dazu da, daß man aus ihnen lernt! So heißt es am Schluß des „Warnungs“-Signals. Ganz unsere Meinung. Deshalb sagen auch wir den schlesischen Landarbeitern: Denkt an die Erfahrungen, die ihr in Schlesien mit dem DVB. gemacht habt. Ihr braucht da nicht lange in die Vergangenheit zu schauen, sondern könnt ganz in der Gegenwart wart bleiben. Wo habt ihr gegenüber dem vorkrieglichen Lohnniveau bei Junker trotz des bestehenden niedrigen Tarifes etwas von Kampfmaßnahmen wahrgenommen von Seiten des DVB.? Habt ihr schon irgend etwas gespürt von einer Mobilisierung gegen diesen Lohnraub? Nirgend! g'sieht etwas dagegen. Die Landarbeiter wären vollkommen der Willkür der Junker auszuliefern, wenn sie nicht in der NSD. alles anbieten, um den Kampf zu entzweien. Der Angstschrei der Zentralbürokratie des DVB. zeigt, daß die NSD. sich auf dem richtigen Wege befindet, daß die Landproleten die Mobilisierung begrüßen. Deshalb muß die Antwort auf das Warnungssignal sein:

Jetzt erst reißt mit aller Kraft heran an die Arbeit! Drauß aufs Land! Machen wir alle Güter freilich!

Die Mahnung des Genossen Weder vor dem Arbeitsgericht

Waldburg. Vor dem hiesigen Arbeitsgericht fand dieser Tage die Klage des Genossen Reichstagsabgeordneten Weder statt, der bekanntlich als Betriebsrat auf der Melchiorstraße in Waldburg arbeiten war. Kurz nachdem unter Genosse den Reichstagsabgeordneten Weder bei seinem Besuch in Waldburg dadurch „begrußt“ hatte, daß er ihn als Hungerkämpfer bezeichnete, wurde er von der Zehnerverwaltung entlassen. Als Grund hatte man angegeben, daß Genosse Weder in der Walschauer der Sache zu einer Belegkassaverksamlung aufgefordert hat, die den Streik gegen den beschuldigten Lohnraub beschließen sollte.

Das Arbeitsgericht hat sich die Ansichten des Grundkapitalvertreters zu eigen gemacht, der das Verhalten Weders als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnete, und die Entlassung gebilligt.

Mit diesem Urteil hat das Waldburger Arbeitsgericht erneut den Beweis erbracht, daß auch die Arbeitsgerichte genau so wie die übrige Justiz ein Werkzeug zur Aufrechterhaltung der Geldherrschaft ist, woraus die Arbeiter die entsprechenden Lehren zu ziehen haben und erkennen müssen, daß es nur ein Mittel gibt, gegen den Hunger anzukämpfen, und das ist der Streik.

Mehreres über diesen Fall finden unsere Leser unter dem Waldburger Teil.

Verantwortlich für die erste und zweite Hauptseite, für Breslau Waldburger Bergland, Niederschlesien: Wilhelm Diebold, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Preißner, Berlin. Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau. Druck: „Fortschritt“-W., Filiale Breslau.

**Stadttheater
Schweidnitz**
Dir. Paul Richter

Freitag, 17. März
abends 8 Uhr

Operabend
Walter Feyer
Wo kommt der
wieder?

Saufpiel
von Max Baumbach
Freitag, 20. März
abends 8 Uhr

Ehrenabend
Kapellm. R. Knübel

Evva
(Das Fabrikmädel)
Operette von Lehár
Sonntag, 22. März
abends 8 Uhr

Evva
(Das Fabrikmädel)

**Verlängertes
Gastspiel
NONI**

Täglich 8.15
Sonntag 4.00 und 8.15

Vor Einkauf von
**Möbeln u. Stühlen
aller Art**

von einfachsten bis zum
gediegensten Genre besichtigen
Sie diese völlig unvergleichlich
unser reichhaltig. Fabrikage.
Sie werden dort bestens und
billigst bedient Teilz. gestattet.

Biener & Dührig, Breslau

Stühle u. Möbeln detail, engros
Geschäft: Klosterstr. 30 - 32
Fabriklager: Weinbergweg 18 20

Trotz Preisabbau
in fast allen Waren auch im
Jahre 1931

**8% Rabatt in sämtlichen
Geschäften**
garantiert durch den

Edeka Großhandel, Breslau

Auszahlung erfolgt wieder kurz vor
Weihnachten

JEDEN FREITAG NEU!

**ARBEITER-
SENDER**

ILLUSTRIRTE SPARWOCHENSCHRIFT

Telegramm

Bestellen Sie sofort das Arbeiter-Sender bei Ihrem
Postamt
Preis 40000 für das Jahr 1931
Preis 40000 für die Hälfte
und 20000 für die Hälfte

Bestellen Sie sofort das Arbeiter-Sender bei Ihrem
Postamt

Wir liefern

Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einladungskarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Massenblätter
in Flach- und
Rotationsdruck
preiswert

**FORTSCHRITT
AG. FILIALE BRESLAU**

Trübenstr. 59
Telephon 444 65

Billige Woche

Seit Wochen haben wir uns vorbereitet, unsere
Einkäufer waren unterwegs und haben in den
größten Fabriken

so billig eingekauft
daß wir Ihnen in dieser Woche

ganz Außergewöhnliches

bieten werden

Auf zur Schmiedebrücke!

Sie werden zufrieden sein